



## Protokoll des Einwohnerrats

---

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

### 32. Sitzung vom 25. Mai 2020

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.45 Uhr

---

Leitung: Susanna Keller (Präsidentin)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Irene Karoussos

Verspätet: Karl J. Heim (ab 21:05 Uhr)

---

Präsidentin:

Susanna Keller

Protokoll:

Linda Gerstner

---

## Begrüssung und Mitteilungen der Präsidentin

*Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP* heisst alle Anwesenden herzlich willkommen. Speziell begrüsst sie alle Einwohnerrätinnen und -räte, Gemeindepräsident Mike Keller, alle weiteren Mitglieder des Gemeinderats, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Linda Gerstner für das Protokoll und die Bedienung der Abstimmungsanlage und die Vertreter der Presse. Entschuldigt ist Irene Karoussos (FDP). Karl J. Heim wird sich etwas verspäten und ca. um 21 Uhr eintreffen. Somit sind aktuell 38 Einwohner-ratsmitglieder anwesend. Was für eine komische Zeit die Anwesenden hinter sich haben, muss die Rednerin niemandem sagen. Sie bittet alle weiterhin Sorge zu tragen, denn die Corona-Zahlen sind bis jetzt zum Glück rückläufig. Man darf Hoffnung haben, gesund zu bleiben bis es eine Impfung gibt.

Da Philippe Spitz zurückgetreten ist und sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin erst nach erfolgter Wahl unter Traktandum 2 gewählt wird, würde Bettina Benthaus auf Vorschlag der SP-Fraktion bis zu diesem Zeitpunkt neben der Präsidentin Platz nehmen. Die Präsidentin schreitet daher gleich zur ersten Abstimmung. Wenn der Rat einverstanden ist, wird Bettina Benthaus ihr bis nach dem zweiten Traktandum als Stellvertreterin des Vize-Präsidenten zur Verfügung stehen.

### ABSTIMMUNG

B. Benthaus als Stellvertreterin des Vize-Präsidenten für Traktanden 1 & 2: 37 JA (Abstimmung 01)

*://:* Bettina Benthaus wird die Präsidentin als Stellvertreterin des Vize-Präsidenten für die ersten beiden Traktanden unterstützen.

---

Die Präsidentin möchte die Ratsmitglieder darauf hinweisen, dass für die Sitzung eine Bewilligung des Regierungsrats eingeholt werden musste. Die Sitzung darf stattfinden, aber ohne Gäste und Besuchende. Die Ratsmitglieder sind angehalten, sich an die Hygienevorschriften zu halten. Der Flyer des BAG inkl. einiger Ausführungen auf der Rückseite wurde allen zugestellt. Sie bittet die Anwesenden, sich an diese Anweisungen zu halten. Die Rednerin muss die Spezialbewilligung bereithalten und mit eventuellen Kontrollen des Kantons rechnen. Damit der Mindestabstand im Rat eingehalten werden kann, hat jeder Einwohnerrat einen eigenen Tisch. Der angepasste Sitzplan wurde allen Ratsmitgliedern mit den eingegangenen Vorstössen letzten Freitagnachmittag zugestellt. Aufgrund der neuen Sitzordnung wird heute Abend nicht jedes Ratsmitglied ein Mikrophon zur Verfügung haben. In der Mitte des Saals steht aber ein Rednerpult mit Mikrophon. Dort steht auch ein Desinfektionsmittel zur Verfügung. Die vorhandenen Mikrophone wurden gemäss den bereits vorangemeldeten Fraktionssprechern verteilt.

An ihren Plätzen finden die Anwesenden zudem ein kleines verschliessbares Plastiksäckchen. Dieses ist für alle persönlichen Abfälle wie Taschentücher oder Kaugummis gedacht, damit man diese am Schluss verschlossen entsorgen kann. Es handelt sich dabei um ein sogenanntes Doppelsacksystem. Da die Einwohnerrats-sitzung ohne Gäste durchgeführt werden muss, wird ein Tonprotokoll auf der Webseite der Gemeinde aufgeschaltet werden. Dies hat das Einwohnerratsbüro letzten Freitag entschieden. Die Präsidentin bittet die Anwesenden, die Vorschriften gemäss BAG zu beachten und fordert Personen, die sich krank fühlen oder krank sind, die Sitzung zu verlassen. Sie hofft aber, dass dies niemanden betrifft. Sie bittet die Ratsmitglieder den Saal am Schluss der Sitzung einzeln zu verlassen und den zwei Meter Abstand einzuhalten. Es wird in dieser Sitzung auch keine Pausen geben.

Am heutigen Abend gibt es eine Verabschiedung. Philippe Spitz hat seinen Rücktritt als Einwohnerrat und Vize-Präsident des Einwohnerrats schriftlich eingereicht. Er wurde vom Landrat des Kantons Basel-Landschaft zum Richter in der Abteilung Zivilrecht des Kantonsgerichts in Liestal gewählt, was ihn sehr freut. Dies bringt es aber auch mit sich, dass er auf sein Amt als Einwohnerrat und Vize-Präsident des Einwohnerrats leider per sofort verzichten muss. Die Präsidentin hat mit Philippe Spitz telefoniert. Es stimmt ihn auf eine gewisse Art auch etwas traurig, nun gehen zu müssen. Die gute Kollegialität und die

Geschäfte des Einwohnerrats werden ihm fehlen. Er bedankt sich bei allen für die gute Zusammenarbeit. Philippe Spitz war seit 2012 Mitglied des Einwohnerrats. Er war stellvertretendes Mitglied der BPK von 2012 bis 2014, seit 2013 Mitglied der Spezko Werterhaltung Schloss, seit 2014 Mitglied der BPK und seit 2016 stellvertretendes Mitglied der GRPK. Zudem hatte er seit 2019 das Amt des Vizepräsidenten des Einwohnerrats inne. Die Präsidentin verabschiedet Philippe Spitz und wünscht ihm alles Liebe und Gute für seine neue, spannende Zukunft. Sie hatten es gut miteinander. Im Namen des Einwohnerrats dankt sie ihm für sein Engagement. Da Philippe Spitz an der heutigen Sitzung nicht mehr teilnehmen darf, wird ihm die Verwaltung sein Abschiedsgeschenk zukommen lassen.

Gleichzeitig heisst die Präsidentin heute Abend ein neues Ratsmitglied herzlich willkommen. Davide Lager rückt für Philippe Spitz in den Einwohnerrat nach. Sie hat vernommen, dass er gleich neben seiner Grossmutter Katharina Macina sitzt. Viel mehr weiss die Rednerin noch nicht über ihn. Sie wünscht ihm viel Glück im Einwohnerrat und viel Freude bei der politischen Arbeit.

### **Neue Vorstösse (Tischvorlagen)**

Nr. 202, Anfrage A. Alt, CVP: Negativpresse APH Schlossacker

Nr. 203, Anfrage Th. Hafner, CVP: Corona, Mietzinserslass für zwangsgeschlossene Geschäfte

Vorstösse, die bereits für die Sitzung vom 16. März eingegangen sind:

Nr. 194, Postulat S. Abt, SP: Ein Sitzbankkonzept für Binningen!

Nr. 196, Postulat Th. Haefele, FDP: Verner Panton-Strasse

Nr. 197, Postulat SVP-Fraktion: Mehr Sicherheit in öffentlichen Einstellhallen in Binningen

Nr. 199, Anfrage D. Zimmermann, FDP: Gemeinderätliche Fachgruppen

Die Präsidentin informiert, dass die Anfragen am Ende der Sitzung unter Diversa beantwortet werden.

### **Bereinigung der Traktandenliste**

*Präsidentin Susanna Keller, SVP* teilt mit, die Traktandenliste sei in der Büro-Sitzung genehmigt worden, muss aber im Rat nochmals bestätigt werden. Der Regierungsrat hat am 19. Mai einer Erweiterung der Traktandenliste der Einwohnerratsitzung zugestimmt. Die entsprechende Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern bereits per E-Mail zugestellt.

*Christoph Maier, FDP* möchte wissen, ob es einen Grund gibt, weshalb auf der Webseite der Gemeinde nicht die Traktandenliste aufgeschaltet ist, über welche nun abgestimmt wird, sondern die, die den Ratsmitgliedern davor zugestellt wurde.

Die Präsidentin erklärt, auf der Webseite sei die Traktandenliste aufgeschaltet, die der Regierungsrat zuerst bewilligt hat. Die Erweiterung der Traktandenliste muss zuerst durch den Rat gutgeheissen werden.

### **ABSTIMMUNG**

Erweiterung der Traktandenliste: 37 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 02)

*://:* Die Erweiterung der Traktandenliste wird gutgeheissen.

---

1. **Genehmigung des Protokolls vom 03.02.2020**
2. **Ersatzwahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats** **201**  
für das restliche Amtsjahr 2019/2020
3. Bericht / Antrag der Spezialkommission Versorgungsregion vom 28.04.2020 **141**  
**Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch**  
Geschäftskreisführung: Barbara Jost
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.02.2020 **195**  
**Schulraumplanung: Planungskredit Meiriacker**  
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.02.2020 **173A**  
**Investitionsausgabe für Strassenkorrektur am Neubadrain**  
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
6. Bericht der SpezKo Immobilien-Strategie vom 20.02.2020 **108**  
**Zwischenbericht SpezKo Immobilien-Strategie**
7. Bericht des Gemeinderats vom 21.01.2020 **169**  
**Interpellation G. Löhr, SP: Brandruine Kernmattstrasse – Wie lange noch?**  
Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti
8. Bericht des Gemeinderats vom 07.01.2020 **180**  
**Interpellation SP-Fraktion: Fernwärme mit erneuerbarer Energie**  
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
9. Bericht des Gemeinderats vom 07.01.2020 **184**  
**Interpellation D. Zimmermann, FDP: Binningen muss Bauzonen aufgeben?**  
Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.02.2020 **129**  
**Postulat R. Büchelin, SP: Ladestationen für Elektrofahrzeuge**  
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
11. **Diversa**

## Traktandum 1

---

### Genehmigung des Protokolls vom 03.02.2020

Präsidentin Susanna Keller, SVP teilt mit, das Protokoll wurde im Einwohnerratsbüro bereits genehmigt und verabschiedet. Sie bedankt sich bei der Verfasserin Sara Selimovic.

#### BESCHLUSS

---

://: Das Protokoll wird genehmigt.

---

## Traktandum 2

Nr. 201

### Ersatzwahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats für das restliche Amtsjahr 2019/2020

Gaida Löhr, SP gesteht, es sei für ihre Fraktion ein etwas schwieriger Moment gewesen, als ihr der Kandidat für das Präsidium abhandenkam. Aber sie denkt, es wurde ein würdiger Nachfolger gefunden. Stephan Appenzeller wurde 1960 in Binningen geboren. Er gehört damit zur Generation Kaiseraugst, Waldsterben, Schweizerhalle und wurde durch diese Ereignisse politisiert. Er ist in Binningen aufgewachsen, hat Geschichte und Geographie studiert. Beruflich ging er allerdings einen etwas anderen Weg, eher mit dem Schwergewicht Kommunikation und Public Affairs. Er arbeitete fast immer beim ÖV, bei der SBB, BLS und BVB. Seit 2 Jahren ist er selbstständig. Im Einwohnerrat ist Stephan Appenzeller seit 4 Jahren. Er ist bereits Vizepräsident der GRPK und war Präsident der Spezko Versorgungsregion. Er hat sich also schon einige Verdienste erworben und ist sicherlich bereit, sich in dieser kurzen Zeit, die ihm nun als Vize bleibt, auf ein gutes Präsidialjahr vorzubereiten.

#### WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 38

Eingegangene Wahlzettel: 37

Leer: 5

Ungültig: -

Diverse Stimmen: 1

Gewählt ist mit 31 Stimmen: Stephan Appenzeller

#### BESCHLUSS

---

://: Stephan Appenzeller, SP, wird als Vizepräsident des Einwohnerrats für das restliche Amtsjahr 2019/2020 gewählt.

---

Präsidentin Susanna Keller, SVP gratuliert Stephan Appenzeller herzlich und wünscht ihm viel Erfolg und spannende Zeiten auf dem Podium. Der Blumenstrauss wird am Ende der Sitzung übergeben. *[Applaus]* Da Stephan Appenzeller beim nächsten Traktandum als Präsident der Spezko nicht gleichzeitig die Präsidentin als Vize-Präsident unterstützen kann, würde sich der Einsatz von Bettina Benthous verlängern.

#### ABSTIMMUNG

B. Benthous als Stellvertreterin des Vize-Präsidenten für Traktandum 3: Einstimmig JA (Abstimmung 03)

://: Bettina Benthaus wird die Präsidentin als Stellvertreterin des Vize-Präsidenten auch für Traktandum 3 unterstützen.

---

### Traktandum 3

Nr. 141

#### **Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch, Bericht der Spezko**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Spezko-Präsident Stephan Appenzeller, SP* freut sich, den Bericht der Spezko zum Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch vorstellen zu können. Es handelt sich um ein wichtiges Thema, das alle Anwesenden etwas angeht und auch alle betreffen kann. Es kann irgendwann in der Zukunft sein, wenn man alt und gebrechlich ist und selbst Pflege und Betreuung nötig hat. Es kann aber auch bereits heute indirekt sein, wenn man z.B. nahe Angehörige hat, die Unterstützung benötigen und die sich mit der Frage des Eintritts in ein Pflegeheim auseinandersetzen müssen. Es sind Fragen, die sehr persönlich betreffen. Die Kommission hat deshalb ganz zu Beginn beschlossen, sich nicht nur mit dem vorgelegten Vertragsentwurf auseinanderzusetzen sondern auch mit der Reform des Basellandschaftlichen Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (APG), das dahinter steht und Auslöser für die Bildung der Versorgungsregionen ist.

Die Kommission hat in mehreren Sitzungen verschiedene Fachleute zu Hearings eingeladen. Eingeladen wurden konkret die Leiterin der Abteilung Alter der kantonalen Verwaltung, der Präsident des Branchenverbands Curaviva sowie die Geschäftsführer und/oder die Präsidenten der in Binningen ansässigen Leistungserbringer in der Altersbetreuung und –pflege. Die Erkenntnisse aus diesen Hearings konnte die Spezko anschliessend in einem weiteren Hearing mit der Gemeinderätin Barbara Jost und dem Abteilungsleiter des Bereichs Alter Nicola Schmid spiegeln. Die Hearings waren für die Kommission sehr nützlich und für die weiteren Beratungen äusserst hilfreich. Bevor der Votant materiell auf die wichtigsten Punkte der Vorlage eingeht, möchte er danken. Er dankt seitens des Gemeinderats Barbara Jost und Christoph Anliker für ihre Unterstützung. Weiter bedankt er sich beim nicht anwesenden Nicola Schmid und der nicht anwesenden Karin Rennard von der Verwaltung. Zudem geht sein Dank an die im Bericht erwähnten Hearing-Partner und last but not least an die Kolleginnen und Kollegen der Spezko und die Behördenvertreter von Allschwil und Schönenbuch. Es war eine insgesamt sehr konstruktive, fachbezogene Zusammenarbeit, die Spass gemacht hat. Das Ergebnis liegt nun vor.

Inhaltlich hat sich die Spezko mit einer ganzen Reihe von Fragen tiefer auseinandergesetzt, wie sie im Bericht ausführlich dargelegt hat. Der Spezko-Präsident möchte die wichtigsten Punkte hier nochmals aufgreifen und zusammenfassen. Eine zentrale Frage, die sich die Kommission gestellt hat, war: Wieso bringt der Gemeinderat einen Vertrag und nicht gleichzeitig auch ein Konzept für die Versorgungsregion? Sie bedauert, dass sie mit dem Vertrag keine Aussagen zur inhaltlichen Ausrichtung erhalten hat. Es gibt viele Fragen. Welche Strategie soll man in der Altersbetreuung und –pflege verfolgen? Welche Leistungen soll man in den 3 Gemeinden erbringen? Wie soll der ambulante Bereich gestärkt werden so wie es das neue APG verlangt? Damit man mit dem Vertrag für die Zusammenarbeit nicht die Katze im Sack kaufen muss, hat die Spezko den Vertragsentwurf um einen Artikel ergänzt. Es ist dies § 4 Art. 4 lit. a. Dieser verlangt, dass wenigstens die strategische Ausrichtung der Versorgungsregion – also das Strategiekapitel des Versorgungskonzepts – den politischen Entscheidungsträgern vorgelegt wird und damit eine politische Legitimation erhält. Die Kommission hat ergänzt, dass diese Strategie auch nochmals in den Einwohnerrat kommt.

Die zweite zentrale Frage war: Wieso macht man im Leimental zwei Versorgungsregionen und nicht nur eine? Die Kommission hätte es lieber gesehen, wenn man nur eine, dafür eine grössere Versorgungsregion für das ganze Leimental zusammen mit Allschwil und Schönenbuch geschaffen hätte. Hintergrund bildet die Frage nach der freien Wahl des Heims für Personen, die eine stationäre Pflege und Betreuung benötigen. Die Spezko hat sich folgende Fragen gestellt: Was passiert, wenn es in Binningen im entsprechenden Moment keinen freien Pflegeplatz gibt? Ist in diesem Fall der Umzug nach Allschwil zwingend oder kann es auch eine Lösung mit Oberwil oder Therwil geben, die vielen Personen, mit denen die Kommission gesprochen hat, emotional näher sind als Allschwil? Die Spezko hat auch hier im Vertrag einen zusätzlichen Artikel aufgenommen. Dieser soll ermöglichen, dass für solche Bedürfnisse eine Lösung auf Basis von Zusammenarbeitsverträgen gefunden werden kann, ohne gleich Versorgungsregionen fusionieren zu müssen.

Ein dritter wichtiger Punkt war die Zusammensetzung der vorgeschlagenen Delegiertenversammlung, die die Geschicke der Versorgungsregion lenken soll. Hier gab es die grössten Differenzen mit der Kommission des Einwohnerrats Allschwil und den beiden Vertretern der Rechnungsprüfungskommission von Schönenbuch. Die Spezko hätte gerne eine grössere Delegiertenversammlung mit 3 Mitgliedern pro Gemeinde – Total also 9 Personen – gehabt mit dem Ziel, das Gremium fachlich breiter abstützen zu können. Allschwil und Schönenbuch hingegen wollten die Delegiertenversammlung schlank halten und wie von den Gemeinderäten vorgeschlagen auf je zwei Mitglieder pro Gemeinde beschränken. Für Schönenbuch hätte es sogar gereicht, wenn von diesen zwei Delegierten auch nur ein Delegierter an eine Sitzung gekommen wäre, dieser aber gleich mit zwei Stimmen ausgestattet. Dieser Vorschlag wurde Stimmenkumulation genannt. In einer Sitzung der Kommissionen der 3 Gemeinden konnte ein Kompromiss gefunden werden. Jede Gemeinde stellt zwei Mitglieder – es ist also eine kleinere Delegiertenversammlung – aber zusätzlich Ersatzmitglieder. Dafür verzichtet man auf das Prinzip der Stimmenkumulation. Eine Person, eine Stimme.

Der Votant möchte noch einige Worte zur Fachstelle äussern. Bei der Fachstelle konnte man sich auf einen Entwurf des Betriebskonzepts vom Herbst 2018 abstützen. Dieses wurde der Spezko für ihre Arbeit ausgehändigt. Es kann dank dem Entgegenkommen der zuständigen Gemeinderätin bei Interesse auf der Gemeindeverwaltung Binningen eingesehen werden. Wichtig ist der Kommission bei der Fachstelle, dass man alles unternimmt, damit der Sitz nach Binningen kommt. Das würde einen Ausgleich zur Spitex schaffen, die seit der Fusion ihren Geschäftssitz in Allschwil hat. Die Frage ist im Vertrag allerdings nicht geregelt und so muss der Rat auf das Verhandlungsgeschick des Gemeinderats vertrauen, damit dies gelingt. Am Schluss hat die Spezko auch noch Empfehlungen in den Bericht aufgenommen. Das sind Themen, die sich nicht sinnvollerweise in einem Paragraphen im Vertrag regeln lassen, die der Kommission aber als Leitgedanken für die weitere Arbeit wichtig sind. Sie empfiehlt, dass bei den weiteren Arbeiten zum Aufbau der Versorgungsregion die Leistungserbringer, die es in Binningen und Allschwil im Bereich der Altersarbeit gibt, eng einbezogen werden. Zudem wird empfohlen, dass sie auch mit ihrem operativen Know-how einbezogen werden, sodass man die Fachstelle schlank halten kann. Was bei den Leistungserbringern bereits angeboten wird, muss nicht dupliziert werden. Es ist der Kommission auch wichtig, dass man parallel zum Aufbau der Versorgungsregion das Binninger Alterskonzept aus dem Jahr 2012 aktualisiert und an die aktuellen und künftigen Herausforderungen, die auch das APG mit sich bringt, anpasst. Last but not least empfiehlt die Spezko, dass der Aufbau der Versorgungsregion regelmässig und aktiv kommunikativ begleitet wird, damit man in der Gemeinde mitbekommt, was hier aufgebaut wird. Denn die Fragen sind vorhanden.

Die Kommission hat 4 Anträge formuliert, über welche heute abzustimmen ist. Der erste Antrag ist die Genehmigung des Vertrags in der Fassung, wie sie die Kommissionen verabschiedet haben. Der Redner erlaubt sich an dieser Stelle den Hinweis, dass der Vertrag in allen 3 Gemeinden gleichlautend verabschiedet werden muss. Kommt es zu abweichenden Beschlüssen, ob nun in Allschwil, Schönenbuch oder Binningen, dann muss das Geschäft zurück, um die unterschiedlich genehmigten Vertragspunkte aneinander anzugleichen. Anschliessend muss es nochmals hier in den Rat kommen. Der zweite Antrag ist

die Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats. In dieser ist ergänzend die Wahl der beiden Binninger Mitglieder in der Delegiertenversammlung plus die Ersatzmitglieder aufzunehmen. Als drittes wird die Unterstützung der Empfehlungen der Spezialkommission durch den Einwohnerrat beantragt und als viertes beantragt die Kommission, dass der Gemeinderat in zwei Jahren zur Umsetzung der Empfehlungen im Einwohnerrat Bericht erstattet.

*Beatrix Bürgin, SVP* führt aus, das APG schreibe vor, dass Versorgungsregionen gebildet werden müssen. Die zentrale Aufgabe der Versorgungsregionen ist es, ein Versorgungskonzept zu erstellen, damit eine bedarfsgerechte ambulante, intermediäre und stationäre Versorgung sichergestellt ist. Ihre Fraktion vermisst dieses Konzept. Die im Bericht aufgeführten Fragen sind genau die Fragen, die die SVP beschäftigen und auf welche sie eine Antwort erwartet bevor dem Vertrag zugestimmt werden kann. Die Fraktion möchte nichts absegnen, wo sie keine konkreten Verbindlichkeiten erkennen kann und keine Strategien vorhanden sind. Wurde in der Zwischenzeit daran gearbeitet? Falls nein, weshalb nicht? So ist bereits wieder viel Zeit verloren gegangen. Auf welcher Basis haben die Gemeinderäte der Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch den Entscheid gefällt, zuerst einen Vertrag zu erstellen und erst später ein Versorgungskonzept für die Versorgungsregion zu erarbeiten? Ebenso soll die Fachstelle mit einem noch nicht vorhandenen Betriebskonzept erst nachträglich aufgebaut werden. Die erwähnte Dringlichkeit im Bericht darf kein Grund sein, um einen oberflächlich gestalteten Vertrag durchzuwinken. Der Kanton hat mittlerweile auch erkannt, dass der Fahrplan bis Ende 2020 zu sportlich ist.

Zu den Kosten: Aus welchen Faktoren setzen sich die Einmalkosten und die wiederkehrenden Kosten zusammen? Auch diese sollten in einem Konzept enthalten sein. Die geplante Stellenausstattung mit 240 Stellenprozent ist nicht durchführbar. Das bedeutet, dass nochmals Mehrkosten auf uns zu kommen. Aus all diesen Gründen und den offenen Fragen stellt die SVP den Antrag, ein Betriebskonzept für die Fachstelle und ein Versorgungskonzept für die Versorgungsregion zu erarbeiten bevor dem Vertrag zugestimmt wird. Ebenso stellt die Fraktion den Antrag, dass keine Gemeinderatsmitglieder – auch nicht als *ex officio* – Teil der Delegiertenversammlung sind. Die SVP kann gut mit der Stellvertretung leben. Somit würde ihr Gegenvorschlag bei § 3 Abs. 2 folgendermassen lauten: «Jede Vertragsgemeinde delegiert zwei Mitglieder und bestimmt für diese eine Stellvertretung. Nicht wählbar als Delegierte sind Personen, welche gleichzeitig in der Versorgungsregion Leistungserbringer oder bei einem Leistungserbringer angestellt sind oder bei einem Leistungserbringer in der Versorgungsregion Organstellung haben.» Sollen beide Anträge scheitern, wird die Fraktion nur den Anträgen 1.3 und 1.4 der Spezko zustimmen.

*Simone Abt, SP* dankt der Spezko und dem Kommissionspräsidenten namens der SP für die strukturierte geleistete Arbeit in einer anspruchsvollen Thematik und für den guten Bericht, der die in der Spezko diskutierten wesentlichen Punkte allesamt abdeckt. Die kritischen Fragen, die in der Kommission diskutiert wurden, werden klar ausgewiesen, was die SP sehr schätzt. Sie hat ihrerseits das Geschäft kritisch und kontradiktorisch diskutiert. Am Schluss des Berichts finden sich einige Empfehlungen. Das hat seine Richtigkeit. Das macht man so. Es ist das richtige Instrument. Es sei jedoch bereits an dieser Stelle gesagt, dass in ihrer Fraktion verschiedentlich eine gewisse Frustration aufgekommen ist, da keine verbindlicheren Äusserungen der Spezko möglich sind.

Einige Punkte gaben zu reden und konnten auch nicht zur allseitigen Zufriedenheit geregelt werden. Darüber ist man sich offenbar fraktionsübergreifend einig. Die Frage ist nur, wie damit umzugehen ist. Wie schwer wiegen die Punkte, mit denen man nicht glücklich ist und wie sehr stören sie? Es handelt sich dabei um folgende Punkte: die Zusammenarbeit mit dem hinteren Leimental. Wäre wirklich nicht noch mehr möglich gewesen? Eng damit gekoppelt ist die Wahlfreiheit für unsere Seniorinnen und Senioren, wenn sie nicht mehr zuhause bleiben können und in Binningen gerade kein Platz frei ist. Viele Fraktionsmitglieder sind emotional mehr mit dem hinteren Leimental verbunden. Angefangen mit den Nachbargemeinden Bottmingen, Oberwil als mit Allschwil und Schönenbuch auf der anderen Seite des Hügels. Die Votantin findet es schade, dass ein Leimental Plus ohne Binningen zustande kam. Natürlich kann man auf eine zweite Phase der Zusammenschlüsse hoffen, aber warum nicht bereits jetzt? Die



Zusammenarbeit über die Versorgungsregion hinaus, wie es Allschwil mit der Stadt macht, wieso macht Binningen dies nicht auch? Dann stellt sich die Standortfrage: Wo kommt die Fachstelle hin? Die SP hofft schwer, dass dies in Binningen sein wird und dass der Gemeinderat diesen Wunsch durchsetzen kann. Und schliesslich geht es – wie schon erwähnt – um die Zusammensetzung der Delegationen. Hiervon hängt ab, wieviel Gewicht Binningen in diesem Verbund hat, wenn es einmal hart auf hart kommt. Die Fraktion hat durchaus plausible und valable, nachvollziehbare Gründe präsentiert erhalten, weshalb das Ergebnis so ausgefallen ist wie es heute vorliegt. Aber dies ist ein politisches Gremium, keine Verwaltungseinheit. Daher sollte man auch zur Sprache bringen, wo der Schuh nach wie vor drückt.

Nach Ansicht der SP, sollte der Gemeinderat verbindlich dazu aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dass die Binninger Betagten und Angehörigen eine Wahlfreiheit haben, wenn es um einen Heimeintritt geht. Ausserdem ist an dieser Stelle auch darauf hinzuweisen, dass der ganze Ansatz «Menschen möglichst lange zuhause zu belassen» nicht funktioniert ohne ein entsprechend ausgebautes und bezahlbares Hilfsangebot für die Betroffenen und Angehörigen und dies weit über die heutigen Entlassungsansätze hinaus. Das wurde im vorliegenden Bericht nicht tangiert. Die Fraktion möchte die Gelegenheit aber nicht ungenutzt lassen, dies hier zu erwähnen. Das wird noch auf uns zukommen. Damit wird man sich befassen müssen. Die SP wird einen Antrag stellen und zwar einen fünften Antrag. Dieser lautet in etwa: «Der Gemeinderat wird aufgefordert, alle Möglichkeiten zu prüfen, um es allen Binninger Einwohnerinnen und Einwohnern zu ermöglichen, auch wenn sie Ergänzungsleistungen oder Zuschüsse beziehen, zwischen Allschwil, Oberwil und Therwil zu wählen, wenn es in Binningen keinen Platz hat und in ihrem Wunsch-Alters- und Pflegeheim keine freien Zimmer zur Verfügung stehen.». Die Rednerin merkt an, dass der schriftlich eingereichte Antrag in einigen Worten möglicherweise etwas anders lautet. Im Übrigen stimmt die SP dem Bericht zu und unterstützt sowohl die 4 Anträge wie auch die Empfehlungen zuhanden des Gemeinderats.

*Peter Heiz, FDP* teilt mit, die FDP stimme den 4 Anträgen der Spezko vollumfänglich zu. Natürlich darf man nichts aus Verhandlungen einer Spezko ausplaudern. Aber so viel sei dem Redner erlaubt: Stephan Appenzeller war ein ausgezeichnete Versammlungsleiter. Er war immer gut orientiert und hat einen sehr guten Job gemacht. Auch einen guten Job hat bereits der Gemeinderat gemacht, als er dem Rat den Vertrag vor einem Jahr vorgelegt hat. Schon damals waren die wesentlichen Punkte, die nun nochmals speziell aufgeführt wurden, eigentlich alle enthalten. Der Votant möchte nicht nochmals auf alles eingehen, was bereits im Kommissionsbericht steht, sondern nur auf zwei, drei kleine Sachen und anschliessend auf den fünften Antrag der SP reagieren. Er hat mit diversen Leistungserbringern diskutiert. Diese haben ihm ans Herz gelegt, in den Rat zu tragen, dass sie bei der Erarbeitung des Versorgungskonzepts möglichst eng einbezogen werden möchten.

Auf die Diskussion, weshalb zuerst der Vertrag und anschliessend ein Versorgungskonzept erstellt wird, möchte er nicht mehr näher eingehen. Dies ist im Kommissionsbericht sehr gut erklärt. Auch über die Leitgemeinde möchte der Redner nichts sagen. Es kam genug deutlich zum Ausdruck, dass Binningen anstreben sollte, Leitgemeinde zu werden. Wobei für den Votanten bereits absehbar ist, dass dies mit Allschwil noch eine Knacknuss wird. Man soll nichts erzählen, was in einer Kommission verhandelt wurde, aber so viel sieht er auf Binningen zukommen: Vor allem Allschwil wird kein einfacher Partner sein in den weiteren Verhandlungen. Bei der FDP sind noch Fragen zu den Kosten aufgetaucht. Sie halten die Schätzungen der Einmalkosten und der wiederkehrenden Kosten pro Jahr für sehr optimistisch. Schliesslich kommt der Redner zum fünften Antrag, den die SP eben erwähnte. Dieser würde neue Verhandlungen mit den anderen Gemeinden des hinteren Leimentals bedeuten. Wenn das noch nachgeholt werden muss, dann kann man heute alles vergessen. Denn das wird zeitlich niemals reichen. Er kann sich zudem vorstellen, dass die Gemeinden des hinteren Leimentals Binningen nicht sanfter begegnen wie dies Allschwil gemacht hat.

Daher zum Schluss sein persönlicher Wunsch: Es haben sehr viele gescheite Leute jahrelang um diesen Vertrag gekämpft, er bittet die Anwesenden, diesen so durchzuwinken wie er hier vorliegt. Man muss

nicht befürchten, dass der Einwohnerrat umgangen oder links liegen gelassen wird. Das Parlament hat in Zukunft noch viele Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen. Wenn die Anwesenden nun aber anfangen – das hat der Kommissionspräsident bereits deutlich gesagt – aus dieser Mauer, die man gebaut hat, einzelne Steine zu entfernen, dann fällt das ganze Mauerwerk zusammen und man steht vor einem Scherbenhaufen. Daher empfiehlt der Redner den Anwesenden sehr, den Vertrag telquel durchzuwincken und abzusegnen.

*Andrea Alt, CVP* dankt der Spezialkommission für ihre umfassende Abklärung und den detaillierten Bericht. Es ist wichtig, auch wenn zeitlich noch ein gewisser Spielraum besteht, dass man die Genehmigung des Vertrags zur Versorgungsregion mit den Gemeinden Allschwil und Schönenbuch für ein weiteres Vorankommen nun angeht. Die Fraktion sieht ein, dass es eine Legitimation braucht, bevor man ein gemeinsames Versorgungskonzept erarbeiten kann. Nichtsdestotrotz bleibt aber ein kleiner bitterer Nachgeschmack und ein Gefühl der Katze im Sack. Umso wichtiger erachtet es die CVP, dass die Leistungserbringer bei der inhaltlichen Erarbeitung miteinbezogen werden. Vor allem der Punkt ambulant mit intermediär und stationär soll klar geregelt werden. Die Spezko hat sich intensiv mit dem Vertrag auseinandergesetzt und konnte bei einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertragspartnern Änderungen einiger wichtiger Punkte durchbringen.

Die Fraktion hätte es begrüsst, wenn sich die Delegiertenversammlung durch jeweils 3 Mitglieder pro Vertragspartei hätte vertreten lassen können. Es ist ihnen wichtig, dass dies nicht ein rein politisches Gremium ohne Fachkompetenz ist. Wichtig ist der CVP auch der Punkt, dass die Option eines mittelfristigen Zusammenschlusses der Versorgungsregion mit der des Leimentals angestrebt wird. Aber bereits jetzt ist wichtig, dass beim Aufbau sichergestellt wird, dass die pflegebedürftigen Personen bei der Wahl eines stationären Heimplatzes auch Angebote ausserhalb von Binningen und Allschwil in Anspruch nehmen dürfen. Die CVP wird sich den Empfehlungen und Anträgen der Spezialkommission anschliessen. Gerne möchten sie sich an dieser Stelle auch nochmals für das Gastrecht, das ihnen zu Teil geworden ist, bedanken. Sie denken, gerade bei so grossen und wichtigen Geschäften ist es unerlässlich, dass sich alle Fraktionen in die Diskussion einbringen können, Zugang zu den Informationen erhalten und nicht aus zweiter Hand mit einer vorgefassten Meinung bedient werden.

*Luzia Sutter Rehmann, Grüne* erläutert, die Grünen stellen befriedigt fest, dass im Wortlaut des Vertrags neben der zentralen Fachstelle auch in den anderen Gemeinden eine örtliche Präsenz vorgesehen oder möglich sein soll. Die Fraktion findet dies passend für die Bedürfnislage der Menschen in den Gemeinden. Ebenso dass die Überlegungen der Versorgungsregion Leimental insgesamt etwas mitbedacht werden konnten. Auch z.B. dass das betreute Wohnen noch explizit aufgeführt wurde, scheint den Grünen wichtig und richtig und dass eine gute Lösung für die Delegiertenstimmen gefunden werden konnte. Die Fraktion stimmt der Empfehlung der Spezko zu, dass das Alterskonzept der Gemeinde Binningen aus dem Jahr 2012 dringend zu aktualisieren ist. In diesem Sinn unterstützen die Grünen sämtliche Anträge der Spezko und bedanken sich herzlich.

Die Fraktion findet jedoch die Bezeichnung des Vertrags, wie in § 1 aufgeführt, nicht wirklich passend. Es ist dort die Rede von «Versorgungsregion Alter». Die Spezko hat dazu eine Fussnote angebracht. Dies legt den Finger auf den wunden Punkt, aber es behebt ihn nicht. Die Fussnote erklärt, dass es um Personen aller Altersstufen gehe und um die Betreuung von betagten Personen. Also um alte und nicht alte Pflege- und Betreuungsbedürftige. Im weiteren Verlauf des Vertrags ist dann aber immer die Rede vom Alter. Das Gleiche gilt für die Bezeichnung der Fachstelle, die Informations- und Beratungsstelle für alte und nicht alte Bedürftige ist. Die Votantin hat selbst zwei Bekannte, die einen jungen pflegebedürftigen Menschen zuhause haben und ihr manchmal schildern wie zusätzlich deprimierend es ist, immer unter dem Sektor Alter mit diesen Menschen verhandeln zu müssen. Die nicht alten Pflegebedürftigen unter 30, 40 und 50 Jahren werden in eine Fussnote gepackt und im Verlauf des Vertrags einfach vergessen. Aber «aller Altersstufen» heisst es geht nicht um das Alter, sondern um die Pflege und die Betreuung von bedürftigen Menschen. Daher beantragt die Fraktion, eine richtige korrekte Bezeichnung des Ver-

tragswerks, die sorgfältig ist und keine Menschengruppen vergisst oder subsummiert. Also z.B. Versorgungsregion gemäss APG. Entsprechend wäre auch die Fachstelle entsprechend zu bezeichnen.

*Gemeinderätin Barbara Jost, SP* dankt für die Voten. Es war eine grosse Arbeit. Bereits im Vorfeld hat eine grosse Arbeit stattgefunden und es wurde eine sehr grosse Arbeit in der Spezialkommission geleistet. Das sieht man auch am Bericht. Es ist ein Thema, das bewegt, weil wir irgendwann einmal betroffen sein werden oder vielleicht schon betroffen sind mit Angehörigen. Die Votantin kann viele der Fragen sehr gut verstehen und versucht nun einige Antworten zu liefern. Die Spezko hat ganz zu Beginn gefragt und es steht auch im Bericht: Weshalb kommt der Gemeinderat mit dem Vertrag? Es wurde vorhin erwähnt: Weshalb ist so viel Katze im Sack? Warum wurden nicht zuerst die anderen Arbeiten getätigt? Dies war ein Entscheid, den es zu treffen galt und vom dem die Rednerin heute noch überzeugt ist, dass er richtig war. Wenn man eine Arbeit beginnt, muss man wissen, dass man zusammenarbeiten möchte. Daher war klar, man muss zuerst die Versorgungsregion resp. eine Grundlage haben, damit man überhaupt anfangen kann zusammen zu arbeiten und zusammen Geld auszugeben. Ein solches Versorgungskonzept entsteht nicht aus dem Nichts. Auch hier wird noch viel Arbeit dahinterstecken. Man arbeitet dann auch mit den Leistungserbringern zusammen. Dafür muss man zuerst eine Grundlage haben. Deswegen hat man sich entschieden, dass es zuerst einen Vertrag der Zusammenarbeit braucht. Das Commitment alleine ist einfach nicht genug, um die grosse Arbeit anzugehen. Daher zuerst der Vertrag. Diese Verbindlichkeit braucht es, um danach darauf aufzubauen und zu schauen, wie man sich ausrichten möchte, jetzt wo man weiss, dass man zusammenarbeitet und wie man zusammenarbeitet. Wie will man sich inhaltlich ausrichten und die ganze operative Arbeit leisten?

Das Betriebskonzept der Fachstelle Alter ist vorhanden. Stephan Appenzeller hat es erwähnt. 2018 haben die beiden Gemeinderäte dies genehmigt. Es ist ein erstes Betriebskonzept. Es sind die Grundlagen. Es gab tatsächlich immer wieder Diskussionen, ob man das Betriebskonzept öffentlich machen soll oder nicht. Das Betriebskonzept kann auf der Verwaltung eingesehen werden, aber es ist nach wie vor kein öffentliches Dokument. Daher war es nicht Teil der Einwohnerratsunterlagen als der Gemeinderat das Geschäft eingebracht hat und ist es auch jetzt nicht mit dem Bericht der Spezko. Es war immer wieder ein Diskussionspunkt unter den 3 Gemeinden Allschwil, Schönenbuch und Binningen und man hat beschlossen, dass es noch kein öffentliches Dokument ist. Es ist noch eine Art «work in progress». Es wird weiterentwickelt werden. Die Grundlagen sind darin enthalten. Gewisse Informationen, die nun hier reinkommen sind aus dem Betriebskonzept z.B. die 240 Stellenprozent. Die Spezko sah das Betriebskonzept. Die Anwesenden sind eingeladen, das Konzept einzusehen. Auch die 240 Stellenprozent – wie es die SVP angesprochen hat – für die Fachstelle Alter waren immer wieder ein Diskussionsthema. Gleichzeitig sagt die Spezko, die Fachstelle solle schlank sein. Es ist das Bestreben der 3 Gemeinden, dass die Fachstelle auch wirklich schlank bleibt. Bei der Erarbeitung des Betriebskonzepts liessen sich die Gemeinden beraten. Es ist sicher nicht grosszügig, aber man kann so starten ohne dass man in einem Jahr bereits wer weiss wie viele Stellenprozente mehr brauchen wird. Über das Anliegen, dass keine Gemeinderatsmitglieder in der Delegiertenversammlung vertreten sein sollen, ist die Votantin irritiert. Die 3 Gemeinden bilden zusammen die Versorgungsregion. Es ist inhaltlich ein wichtiges Thema, aber auch eine Kostenfrage. Es ist ganz klar, dass die Gemeinde in dieser Delegiertenversammlung, die die Region steuert, vertreten sein muss. Dies ist für sie unabdingbar. Auch für eine Verbindlichkeit. Dass man es gerne noch etwas verbindlicher hätte, versteht die zuständige Gemeinderätin. Aber es ist der Vertrag der Zusammenarbeit. Wenigstens das. Diese Verbindlichkeit will man nun haben.

Wenn man eine Zusammenarbeit mit dem hinteren Leimental angestrebt hätte, um als Leimental Plus eine Versorgungsregion zu bilden, dann wäre man heute nicht da wo man jetzt steht. Es wäre nicht möglich gewesen. Der Bereich Alter ist historisch anders gewachsen als andere Bereiche. Die Gemeinden sind ganz anders aufgestellt. Das hintere Leimental hat Gemeindeversammlungen, Allschwil und Binningen haben einen Einwohnerrat. Der Prozess läuft ganz anders. Die Auseinandersetzung ist eine ganz andere. Es ist eine andere Arbeit. Es war ein früher Entscheid. Der Kanton hat ganz früh vorgesehen, dass 8 Regionen gebildet werden können. Es war klar, dass das Leimental Plus die Region sein wird,

die zwei Regionen bilden kann und soll. Man hat sehr früh entschieden, dies so zu machen. Gerade, weil im Bereich Alter Allschwil, Schönenbuch und Binningen mit der Spitex bereits eine Erfahrung in der Zusammenarbeit haben. Aber man hat einen sehr guten Austausch mit dem hinteren Leimental. Das hintere Leimental ist auch sehr weit und hat einen ähnlichen Vertrag. Sie hatten die gleiche Begleitung. Aber es zeigt sich auch, dass sie etwas anders ticken. Es ist dann doch etwas anders. Es gibt einen sehr guten Austausch und das mittelfristige Ziel ist klar, das Leimental als Gesamtregion anzuschauen.

Es ist der Votantin bewusst, dass die Leistungserbringer darauf warten und es fast nicht mehr erwarten können. Es war schwierig, dass die Gemeinden zuerst den Vertrag wollten und sagen wollten, wie sie zusammenarbeiten möchten, bevor sich die Leistungserbringer dann wirklich mit ihrem Wissen, ihrem Können und Know-how einbringen können. Der zuständigen Gemeinderätin ist es ein ganz grosses Anliegen, die Leistungserbringer einzubeziehen. Es ist nicht so, dass nichts passiert wäre, seit der Vertrag in den Rat gebracht wurde. Die Verwaltungen haben gearbeitet. Man ist daran zu überlegen, was alles in ein Versorgungskonzept gehört. Es gibt Grundlagen für ein solches Versorgungskonzept und nun ist dann der Moment gekommen, wo die Leistungserbringer einbezogen werden und mitarbeiten können. Es ist dem Gemeinderat wichtig, dass sie ihr Wissen einbringen und man sie im Boot hat. Denn sie sind schlussendlich die, die unsere Leute pflegen und betreuen. Dass die Befürchtung besteht, der Einwohnerrat könne nicht mehr mitbestimmen, kann die Rednerin irgendwo nachvollziehen, wenn man in eine solche Regionalisierung geht und ein Gremium schafft, das nochmals anders funktioniert und in welchem die Gemeinden miteinander Sachen bestimmen. Sie findet aber, die Spezko hat mit der Lösung, dass z.B. die zweite delegierte Person vom Einwohnerrat gewählt werden soll, auch dort eine gute Lösung gefunden, wie der Rat mitbestimmen kann. Gleiches gilt für die Ergänzungen, was alles den Einwohnerräten noch vorgelegt werden soll u.a. die strategische Ausrichtung. Das ist richtig. Sie sollen Bescheid wissen und mitreden können.

Die Rednerin kommt zum Begriff «Alter». Dieser war immer wieder ein Thema. Es ist ihr absolut bewusst und es war in der Vorbereitung auch den Verwaltungen der 3 Gemeinden und den Gemeinderäten bewusst: Es geht nicht nur ums Alter. Es war immer wieder eine Diskussion und es war der Entscheid, es trotzdem «Versorgungsregion Alter» und «Fachstelle Alter» zu nennen, da über 90 Prozent der Fälle den Bereich Alter und betagte Personen betreffen werden. Das ist tatsächlich so. Es ist der Begriff, bei dem der Bevölkerung klar ist, um was es hauptsächlich geht. Daher hat man sich mehrmals entschieden, bei diesem Begriff zu bleiben im Bewusstsein, dass es nicht nur betagte Personen sind. Das ist ihr klar. Es kamen Fragen zu den Kosten. Sie muss ganz ehrlich sagen, dass sie die wiederkehrenden und die einmaligen Kosten im Vertrag gesucht hat. Hier müssen ihr die Fragesteller nochmals auf die Sprünge helfen. Es wird einmalige Kosten für die Einrichtung der Fachstelle Alter geben. Es gibt ein Raumkonzept. Sie nimmt mit, das Parlament hätte die Fachstelle gerne in Binningen. Das hat sie gut gehört. Sie hofft, es wird eine geeignete Räumlichkeit gefunden, die ins Spiel gebracht werden kann. Das sind einmalige Kosten und es gibt ganz klar wiederkehrende Kosten vom Betrieb der Fachstelle. Ansonsten müssten die Anwesenden noch genauer sagen, was sie hier wissen möchten.

*Gaida Löhr, SP* äussert, für sie persönlich war es die harmonischste Spezko von allen, in denen sie je war. Das hat sich ihrer Meinung nach auch in der Diskussion im Rat deutlich gezeigt. Alle haben die gleichen Probleme und schlucken ein wenig. Trotzdem versuchen alle das Vertragswerk über die Runden zu bringen. Tatsache ist, dass sowohl die Anträge der SVP wie auch der Antrag ihrer Fraktion den Vertrag selbst nicht tangieren, sondern es werden Punkte daneben angesprochen. Es hat niemand versucht, ein Steinchen aus dem Mauerwerk zu brechen, wie es Peter Heiz genannt hat. Eigentlich hat man nur die Punkte, die uns aufgestossen sind, etwas verschieden stark gewichtet. Die Rednerin ist nun beim SP-Antrag, bei dem die Fraktion der Meinung ist, man könne auf Gemeindeebene ev. schon ein wenig aktiver sein. Wenn man davon ausgeht, dass Allschwil vom Altersheim her Verträge mit Münchenstein, Birsfelden und den Altersheimen in Basel hat, dann gibt es keinen Grund, warum dies nicht auch für Binningen möglich sein könnte. Der Antrag ist extra so formuliert, dass es nicht etwas ist, das in den Vertrag kommt. Es ist kein vorgezogener Vertrag mit dem hinteren Leimental. Sondern man versucht Möglich-

keiten zu finden, wie man mit dem vorliegenden Vertrag nicht nur Selbstzahlenden, sondern auch Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen, die Möglichkeit eröffnen kann, wenn es in Binningen keinen Platz gibt auch ins Leimental gehen zu können. Übrigens in Altersheime, die günstiger sind als die in Binningen. Das heisst dass es durchaus möglich wäre, dass sie von der Gemeinde unterstützt werden. Es ist der Votantin wichtig, dass man dies im Kopf hat. Es geht nicht darum, den Vertrag in irgendeiner Form zu verhindern. Sondern es geht darum, den Gemeinderat verbindlich zu ermuntern, hier noch etwas aktiver zu sein. Zum Schluss möchte sie noch einen Punkt zum Thema Alter anbringen. Sie kennt auch Personen, die nicht alt sind und in einem APH sein müssen. Das Problem ist nicht, dass das APH «Alter» im Namen hat, sondern dass es tatsächlich junge Personen sind, die nur mit alten Personen zusammen sind und das ändert man mit einer Namensgebung nicht.

*Gemeinderätin Barbara Jost, SP* merkt an, es sei tatsächlich so – und das kam ja nicht nur aus der SP-Fraktion –, dass die Binningerinnen und Binninger, wenn es in Binningen keinen Platz hat, nicht unbedingt auf Allschwil möchten, sondern sie möchten die Wahlfreiheit haben. Das Thema der Wahlfreiheit ist nicht Teil des Vertrags. Sie hat sich überlegt, weshalb der Eindruck entstanden ist, dass Personen aus Binningen nur noch in Binningen und Allschwil in eine stationäre Einrichtung eintreten dürfen, wenn es so weit ist und dies unumgänglich wird. Es hat sicher damit zu tun, dass die Gemeinden angehalten sind, die Bettenplanung der Versorgungsregion zu machen. Die Gemeinden sind als Region angehalten zu planen. Alles was gesagt wurde, dass Allschwil noch einen Vertrag mit Basel und Birsfelden hat, ist so. Sobald man als Versorgungsregion anfangen kann zu arbeiten, ist es ganz klar, dass das neu angeschaut werden muss. Wie viele Betten hat man? Wie viele Betten braucht es? Hier wird es Prognosen geben müssen. Es gilt aber immer noch die Niederlassungsfreiheit. Es wäre eher das Ergänzungsleistungsgesetz und unser Reglement, das einschränken würde, ob jemand eine Wahlfreiheit hat oder nicht. Es ist eine Tatsache, dass jemand, der Ergänzungsleistungen bezieht, kein teures Heim wählen kann und z.B. nicht ins Tertianum kann. Binningen hat in seinem Reglement vorgesehen, dass eine Begrenzung möglich ist. Aber es ist auch so, wenn jemand auf Oberwil will und Oberwil ist nicht teurer und hat einen Platz, der zur Verfügung gestellt wird, dann soll die Niederlassungsfreiheit da sein. Sie versteht den Wunsch, dass Binningen nicht nur noch in der Versorgungsregion denken soll, sondern wirklich auch für seine Bewohnerinnen und Bewohner schauen und dort einen Effort leisten soll. Das nimmt sie gerne so mit.

*Marc Schinzel, FDP* bedankt sich für den sorgfältigen Entwurf. Er hat trotzdem noch zwei Bemerkungen resp. auch eine Frage, zu welcher vielleicht die federführende Gemeinderätin oder der Spezko-Präsident kurz Stellung nehmen kann. Die erste Bemerkung betrifft die Aussage der Gemeinderätin Barbara Jost, dass das Betriebskonzept der Fachstelle nicht öffentlich sein soll. Er kann dies nicht ganz nachvollziehen. Eigentlich hat man den Öffentlichkeitsgrundsatz. Er sieht spontan nicht, wo es höherwertige oder gewichtige Interessen gäbe, die dem entgegenstehen würden, dass dies öffentlich ist. Die Frage, bei der den Votanten interessiert, welche Überlegungen dahinterstanden, betrifft § 17 des Vertrags. Dort geht es um die Investitionen, um ungebundene Ausgaben. Man hat festgehalten, dass diese mit Zweidrittel der Delegiertenstimmen beschlossen werden können. Das wäre dann theoretisch so, dass Allschwil und Schönenbuch Binningen letztlich überstimmen könnten. Ist das richtig und was sind die Überlegungen dazu? Wie verhält es sich mit dem generellen Budget der Fachstelle? Er wäre froh um eine Präzisierung.

*Gemeinderätin Barbara Jost, SP* antwortet auf die Frage, weshalb das Betriebskonzept nicht Beilage des Geschäfts war, habe zwei Gründe. Der eine Grund ist, dass es um den Vertrag geht. Im Betriebskonzept sind bereits operative Sachen geregelt. Sie glaubt, es war auch ein wenig eine Angst der Gemeinderäte, dass sonst das Betriebskonzept verhandelt worden wäre. Dieses ist nicht Gegenstand der Verhandlung, sondern es geht nun um den Vertrag und darum, dass man zusammenarbeiten kann. Der zweite Grund ist, man ist bereits weit. Bis Ende 2020 hätte man Zeit. Man hat nun gehört, dass der Kanton den Regionen, die noch nicht so weit sind, sehr wahrscheinlich Aufschub gibt. Die 3 Gemeinden haben es relativ schnell angepackt. Es gibt Regionen, die sich lange finden mussten oder vielleicht immer noch nicht ganz gefunden haben. Das weiss sie nicht. Man wollte das Betriebskonzept, für das man bezahlt hat, einfach auch nicht öffentlich machen. Es war aber nicht, um es dem Parlament vorzuenthalten. Als die Gemein-

deräte den Vertrag in ihre Einwohnerräte gebracht haben, waren andere Regionen noch nirgends. Bezüglich der Investitionen: Mit den Zweidritteln ist diese Variante möglich. Es kann aber auch sein, dass Allschwil und Binningen Schönenbuch überstimmen oder Schönenbuch und Binningen Allschwil. Die Päckchen sind nicht immer ganz klar. Man hat einfach festgelegt, für Investitionen muss es mehr als nur eine knappe Mehrheit sein. Für andere Punkte wurde auch festgelegt, dass es mehr als nur eine Mehrheit braucht, also eine Zweidrittelmehrheit bis hin zur Einstimmigkeit. Bei den Investitionen einigte man sich auf eine Zweidrittelmehrheit. Zum Budget der Fachstelle: Die Fachstelle wird ein Budget machen. Es ist eine der Aufgaben der Delegiertenversammlung, das Budget zu genehmigen. Eine der Aufgaben der GRPK wird es sein, dies begleitend zu prüfen. Hier wird der Rat weiterhin involviert sein.

*Spezko-Präsident Stephan Appenzeller, SP* erklärt, die Frage, welche Geschäfte welche Stimmenmehrheiten in der Delegiertenversammlung benötigen, sei ein gefundenes Fressen gewesen, um zu spekulieren wer wen überstimmen könnte. Binningen hat Angst, dass Allschwil und Schönenbuch ein Päckchen machen. Aber genauso hat Schönenbuch Angst, dass sich die beiden grossen Gemeinden zusammenschliessen und sie unter die Räder kommen. Es wurde deshalb selbstverständlich auch überlegt, ob es eine Delegiertenversammlung braucht, die nach Einwohnerzahlenproporz zusammengesetzt ist. Man war zum Schluss aber wirklich überzeugt, der Modus «Drittels-Parität» sei richtig, weil es auch ein gewisses Vertrauen voraussetzt. Man will dies gemeinsam als 3 Gemeinden realisieren. Bei den wichtigen Punkten, das sind die, bei denen Einstimmigkeit verlangt wird, spielt es überhaupt keine Rolle wer wen überstimmt. Denn Einstimmigkeit ist Einstimmigkeit. Wenn man diese nicht hat, dann scheitert etwas. Dies betrifft die Punkte: Verabschiedung Versorgungskonzept, Leistungsvereinbarungen, Zusammenarbeitsverträge und natürlich all die Geschäfte, die später noch vor die Einwohnerräte kommen müssen. In diesem Sinn wurde in der Kommission nicht hinterfragt, ob dies bei den Investitionen richtig ist. Kann man machen, aber die Spezko hat es nicht als Risiko angeschaut.

*Rahel Amacker, CVP* möchte nochmals auf den Begriff «Alter» zu sprechen kommen. Beim Argument, dass 90 Prozent alt sind, hört sie auch, dass 10 Prozent anders sind. Sie findet es wichtig, diese Ausgeschlossenheit zu thematisieren. Natürlich ist es nur ein Name. Aber ein Name ist auch ein Anfang. Ein Anfang für neue Überlegungen und neue Sichtweisen, wie man sich den Wünschen und Präferenzen der Menschen annähern kann. Daher findet sie das Thema wichtig. Man könnte sich überlegen, ob man den Namen der Fachstelle umändern möchte. Es gäbe bspw. auch den Namen «Fachstelle Betreuung und Pflege». Man sollte sich bewusst sein, dass es nicht immer nur um den Namen geht, sondern dass man diese Leute auch mehr einbezieht in verschiedenen Programmen etc.

*Thomas Hafner, CVP* hat eine Frage. Auf Seite 3 steht folgendes: «An der informellen Abstimmung haben die Delegationen von Allschwil und Binningen dem bereinigten Vertragsentwurf mehrheitlich zugestimmt, die Delegation von Schönenbuch hat sich enthalten.» Dass sich eine Delegation bei einem solch wichtigen Geschäft enthält, gibt ihm ein ungutes Gefühl. Er möchte gerne den Grund wissen, weshalb die sich enthalten haben, wenn man dies überhaupt beurteilen kann.

*Spezko-Präsident Stephan Appenzeller, SP* überlegt, was er sagen darf ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen. Es war eine Kommissionssitzung, aus welcher dies das Ergebnis ist. Was in den Köpfen der Delegation von Schönenbuch vorgegangen ist, kann er nicht beurteilen. Sie haben sich enthalten, weil sie sich – das ist sein persönlicher Eindruck – schwer damit getan haben, auf das Prinzip der Stimmenkumulation verzichten zu müssen. Sie haben mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass sie sich fragen, ob sie genügend Personen haben. Schönenbuch ist eine kleine Gemeinde mit etwas über 1000 EinwohnerInnen. Allschwil hat gut 20 000, Binningen bald 16 000 EinwohnerInnen. Das ist schon ein Grössenunterschied. Haben sie genügend Personen, um die Delegiertenversammlung mit kompetenten Personen auszustaffieren? Schönenbuch hätte daher sehr gerne die Stimmenkumulation gehabt. Das ist die Kröte, die sie schlucken mussten. Der Votant geht aber davon aus, dass man diese Kröte zum Schluss schlucken und dem Vertrag zustimmen wird. Dies ist aber lediglich seine persönliche Einschätzung.

*Thomas Hafner, CVP* möchte nochmals nachdoppeln. Man hat § 17 mit den Investitionen, wenn der Vertrag verabschiedet wird und der Redner geht davon aus, dass der Rat dies tun wird. Er findet die Regelung mit Zweidrittel der Delegiertenstimmen heikel. Es ist eine gerade Zahl. Die einen kann man ausschliessen. Aber es ist ja auch so: Wenn das Ganze einmal lebt und man später sieht, dass es sich wirklich nicht bewähren würde, wäre es auch wieder möglich dies zu ändern. Was ist für Vertragsänderungen vorgesehen? Sind diese auch alle 4 Jahre möglich?

*Gemeinderätin Barbara Jost, SP* kann dazu gleich etwas sagen. Sie hat sich heute mit Nicola Schmid darüber unterhalten. Er meinte auch, in ca. 4 Jahren müsste man schauen, ob es Anpassungen braucht.

*Spezko-Präsident Stephan Appenzeller, SP* wollte noch kurz zu § 17 Investitionen anmerken, dass § 16 mit dem Kostenverteiler viel wichtiger ist. In diesem wird klar festgelegt, dass die Kosten zwischen den Gemeinden nach Einwohnerproporz verteilt werden. Das heisst, dass kein Kleiner mehr zahlen muss und auch kein Grosser, sondern dass es gerecht aufgeteilt wird.

*Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP* informiert, sie habe 4 Anträge auf dem Tisch. Zwei Anträge kann sie im Vertrag zuordnen und würde diese gleich in der Vertragslesung einbringen. Es handelt sich um den Antrag der Grünen, von Luzia Sutter Rehmann, bzgl. § 1 «gemeinsame Versorgungsregion» und den Antrag der SVP betreffend jede Vertragspartei delegiert zwei Mitglieder. Diesen könnte sie bei der Lesung in § 3 Art. 2 unterbringen. Ihr liegt noch ein weiterer Antrag der SVP vor, den sie keinem Paragraphen zuordnen kann. Gibt es hier einen Vorschlag der Fraktion?

*Urs Brunner, SVP* schlägt vor, den Antrag vorgängig zur Abstimmung über den Antrag 1.1. der Spezko zur Abstimmung zu bringen.

Zusätzlich liegt der Präsidentin der Antrag der SP vor. Hier hat Gaida Löhr erläutert, dass dies ebenfalls ein vom Vertrag unabhängiger Antrag ist.

*Gaida Löhr, SP* bestätigt dies. Es wurde gesagt, man versuche nichts am Vertrag zu ändern, denn sonst müssten Allschwil und Schönenbuch auch wieder über die Bücher. Daher hat ihre Fraktion extra darauf geachtet – sie findet, das sei auch bei den Anträgen der SVP so -, dass es nicht Sachen sind, bei denen man am Vertrag etwas ändern muss. Denn jede Änderung muss wieder von allen 3 Gemeinden genehmigt werden.

## DETAILBERATUNG / LESUNG DER SYNOPSE

### I. Allgemeine Bestimmungen

#### § 1 Gemeinsame Versorgungsregion Alter

Hier liegt ein Antrag der Grünen vor, die «gemeinsame Versorgungsregion Alter» in eine «gemeinsame Versorgungsregion gemäss APG» umzuändern.

*Pascal Treuthardt, FDP* versteht, dass der Name unschön tönt. Wenn man ihn ändert, müssten aber alle Gemeinden nur wegen einer Namensänderung über die Bücher gehen. Er würde der Grünen-Fraktion empfehlen, ihren Antrag vielleicht so umzustellen, dass es eine Empfehlung ist. Wenn das Vertragswesen in 4 Jahren sowieso geändert werden muss, dann könnte das Ganze zu diesem Zeitpunkt einfließen. Dies behindert den Ablauf nicht und würde dem Anliegen zumindest in 4 Jahren Rechnung tragen. Mit einer solchen Empfehlung, die man dem Gemeinderat oder der Kommission mit auf den Weg gibt, könnte man die 10 Prozent der Jungen symbolisch einflechten. Zudem hätte man eine grössere Chance, dass das Ganze durchkommt. Denn nur wegen eines unschönen Namens will man nicht alles über den Haufen werfen. Aber die Wichtigkeit «nomen est omen – Namen sind Zeichen» kann er irgendwo nachvollziehen.

*Beatrice Büschlen, Grüne* teilt mit, ihre Fraktion ziehe den Antrag nicht zurück. Es ist eigentlich eine kleine Sache. Das Parlament von Allschwil hat noch eine zweite Lesung. Das könnte man dort sehr gut unterbringen. Sie geht davon aus, dass das Problem auch in Allschwil bekannt ist und es vermutlich relativ schnell über die Bühne gehen würde. Schönenbuch hat noch ihre Gemeindeversammlung. Dort wird es auch kein derartiges Problem sein, diese kleine Änderung durchzubringen.

*Gemeinderätin Barbara Jost, SP* weiss nicht, ob «gemäss APG» etwas ist, das den Menschen geläufig ist und ob sie dann wissen worum es geht. Sie fragt sich, ob man es in diesem Fall nicht ausschreiben müsste und halt sagen: «Alter, Betreuung und Pflege». «Gemäss APG» tönt für sie technisch. Wenn es denn schon eine Namensänderung sein soll.

*Beatrice Büschlen, Grüne* äussert, es stehe ja bereits in der Fussnote. Es ist doppelt gemoppelt. Die Fussnote könnte man weglassen und gemäss APG statt Alter schreiben. Das scheint ihr logisch.

#### ABSTIMMUNG

Antrag der Grünen: 9 JA / 26 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 04)

://: Der Antrag der Grünen wird abgelehnt.

---

#### § 2 Ausführende Vereinbarung

Keine Wortmeldung.

#### II. Delegiertenversammlung

#### § 3 Zusammensetzung und Bestellung

Zu § 3 Art. 2 liegt der Präsidentin ein Antrag der SVP vor. Wie sie vorhin erklärt haben, möchten sie das «ex officio» gestrichen haben. Der Antrag lautet wie folgt: «Jede Vertragsgemeinde delegiert zwei Mitglieder und bestimmt für diese eine Stellvertretung. Nicht wählbar als Delegierte sind Personen, welche gleichzeitig in der Versorgungsregion Leistungserbringer oder bei einem Leistungserbringer angestellt sind oder bei einem Leistungserbringer in der Versorgungsregion eine Organstellung haben.».

Auf Nachfrage bestätigt Urs Brunner, dass die SVP das «ex officio» streichen möchte.

#### ABSTIMMUNG

Antrag SVP: 7 JA / 30 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 05)

://: Der Antrag der SVP wird abgelehnt.

---

#### § 4 Aufgaben und Kompetenzen

Keine Wortmeldung.

#### § 5 Einberufung und Beschlussfassung

Keine Wortmeldung.

#### III. Informations- und Beratungsstelle (Fachstelle Alter)

#### § 6 Leitgemeinde

Keine Wortmeldung.

#### § 7 Leitung

Keine Wortmeldung.



### § 8 Aufgaben der Fachstelle Alter

Keine Wortmeldung.

### § 9 Stellen

Keine Wortmeldung.

### § 10 Anstellung

Keine Wortmeldung.

### § 11 Personal

Keine Wortmeldung.

### § 12 Ausgabenzuständigkeit

Keine Wortmeldung.

## III. Kontrolle

### § 13 Rechnungs- und Geschäftsprüfung

Keine Wortmeldung.

### § 14 Grundsätze

Keine Wortmeldung.

### § 15 Räumlichkeiten

Keine Wortmeldung.

### § 16 Kosten

Keine Wortmeldung.

### § 17 Investitionen

Keine Wortmeldung.

### § 18 Einnahmen

Keine Wortmeldung.

### § 19 Budget, Jahresrechnung und Jahresbericht

Keine Wortmeldung.

### § 20 Streiterledigung

Keine Wortmeldung.

## V. Schlussbestimmungen

### § 21 Inkrafttreten und Dauer

Keine Wortmeldung.

### § 22 Abschluss, Genehmigung

Keine Wortmeldung.

## ABSTIMMUNG

Nun möchte die Präsidentin über die beiden Anträge abstimmen lassen, welche keinem Paragraphen zugeordnet werden konnten. Sie liest zuerst den Antrag der SVP vor: «Am 25.5.2020 wird der Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch im Einwohnerrat behandelt. Das Be-

triebskonzept für eine Fachstelle und das Versorgungskonzept für die Versorgungsregion sind nicht erstellt. Bei Annahme des Vertrags kauft die Gemeinde Binningen die Katze im Sack bzgl. den fehlenden Konzepten. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, ein Betriebskonzept und ein Versorgungskonzept als integrierenden Bestandteil des Vertrags in diesen aufzunehmen. Somit müssen die beiden Konzepte dem Einwohnerrat vorgelegt und von diesem abgesegnet werden. Ansonsten ist der Vertrag ungültig.».

Antrag der SVP: 8 JA / 27 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 06)

://: Der Antrag der SVP wird abgelehnt.

---

Als Nächstes kommt die Präsidentin zum Antrag der SP: «Der Gemeinderat soll alle Möglichkeiten prüfen, um es allen Binninger Einwohnerinnen und Einwohnern zu ermöglichen zwischen Allschwil, Oberwil und Therwil zu wählen, wenn es in Binningen keinen Platz hat und im Wunsch-APH freie Zimmer zur Verfügung stehen. Dies gilt unabhängig ob sie Selbstzahler sind oder EL oder Unterstützung beziehen.».

*Stephan Appenzeller, SP* hat eine Verfahrensfrage. Der Vertrag wurde nun durchgesprochen. Er ist der Ansicht, nun müsse die Gesamtabstimmung zum Vertrag, also Antrag 1.1 der Spezko, erfolgen. Der vorliegende Antrag von Gaida Löhr bezieht sich – so hat er sie verstanden – nicht auf einen Bestandteil des Vertrags, sondern käme als fünfter Antrag nach den Anträgen der Spezko.

Antrag 1.1 der Spezko: 31 JA / 7 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 07)

*Thomas Haefele, FDP* möchte wissen, ob den Namen nicht an die Versorgungsregion Alter oder an den entsprechenden Namen von § 1 anpassen müsste. Ansonsten müsste man später die Geschäftsordnung des Einwohnerrats möglicherweise ein zweites Mal anpassen.

*Spezko-Präsident Stephan Appenzeller, SP* verneint dies. Der Vertrag heisst «Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch». Das ist die oberste Titelhierarchie des Dokuments. Er denkt, diese sollte man als Grundlage nehmen. Es steht nicht «Alter» und auch nicht «Altersbetreuung und –pflege», sondern es steht einfach nur «Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch». Daher findet er es auch richtig, dass man dies in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats als Grundlage nimmt.

*Gaida Löhr, SP* findet, wenn man nun schon pingelig ist: Im Antrag steht «Allschwil, Schönenbuch und Binningen». Der Vertrag heisst aber «Allschwil, Binningen und Schönenbuch». Es ist ein Detail und völlig unwichtig. Aber wenn man es schon korrekt macht, dann müsste Binningen vor Schönenbuch kommen.

*Spezko-Präsident Stephan Appenzeller, SP* gibt ihr Recht. Es ging der Spezko redaktionell durch die Lappen, dass man hier eine andere Reihenfolge als die offizielle genommen hat. Er würde dies gutheissen.

Antrag 1.2 der Spezko mit der Anpassung «Allschwil, Binningen und Schönenbuch»: 30 JA / 8 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 08)

Antrag 1.3 der Spezko: 35 JA (Abstimmung 09)

Antrag 1.4 der Spezko: 38 JA (Abstimmung 10)

## BESCHLUSS

---

://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt den Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch in der Fassung der Kommissionen der Einwohnerräte von Allschwil und Binningen und der Delegation der RPK von Schönenbuch.

- ://:* 2. Der Einwohnerrat beschliesst folgende Ergänzung der GesO des Einwohnerrats § 48.1.h ... die Delegierten und Ersatzdelegierten der Gemeinde Binningen der Versorgungsregion Allschwil-Binningen-Schönenbuch<sup>1)</sup>  
<sup>1)</sup> Ein Delegiertenmandat wird ex officio durch das zuständige Mitglied des Gemeinderats wahrgenommen.
- ://:* 3. Der Einwohnerrat unterstützt die Empfehlungen der Spezialkommission.
- ://:* 4. Der Gemeinderat berichtet in zwei Jahren, wie er die Empfehlungen der Spezialkommission umgesetzt hat.

---

*Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP* kommt zum Antrag der SP. Sie liest diesen nochmals vor: «Der Gemeinderat soll alle Möglichkeiten prüfen, um es allen Binninger Einwohnerinnen und Einwohnern zu ermöglichen zwischen Allschwil, Oberwil und Therwil zu wählen, wenn es in Binningen keinen Platz hat und im Wunsch-APH freie Zimmer zur Verfügung stehen. Dies gilt unabhängig ob sie Selbstzahler sind oder EL oder Unterstützung beziehen.».

Antrag der SP: 14 JA / 21 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 11)

*://:* Der Antrag der SP wird abgelehnt.

---

Die Präsidentin erklärt, damit sei man am Ende des Geschäfts. Die Synopse und der Vertrag wurden ohne Änderungen angenommen. Sie fragt den Rat, ob auf eine zweite Lesung verzichtet werden kann.

*Thomas Hafner, CVP* möchte ganz sicher nicht auf eine zweite Lesung verzichten.

*Pascal Treuthardt, FDP* ist der Ansicht, wenn Allschwil eine zweite Lesung macht, kann Binningen das auch. Er würde vorschlagen eine zweite Lesung durchzuführen und zum nächsten Geschäft zu gehen.

*Präsidentin Susanna Keller, SVP* teilt mit, dass eine zweite Lesung gemacht wird. Dann wird auch die Endabstimmung über den Vertrag geregelt.

*Thomas Hafner, CVP* muss nochmals nachfragen. Die zweite Lesung findet er sehr wichtig bei einem derart wichtigen Geschäft. Aber die zweite Lesung wäre, wenn noch jemand etwas einbringen würde, dass man dies dann nochmals so erhalten würde? Oder ist die zweite Lesung rein von unserem Vertrag? Angenommen es bringt niemand etwas ein, dann wird dies in einer zweiten Lesung so verabschiedet. Angenommen eine andere Gemeinde bringt etwas ein, dann würde das nochmals aufgerollt werden.

*Gaida Löhr, SP* denkt, das sei so. Was ihr noch wichtig ist: Die SVP wollte das Betriebskonzept haben, welches ja scheinbar vorhanden ist. Es wäre jetzt die tolle Möglichkeit, dass man dieses anschauen geht und dann ev. dem Vertrag doch zustimmen kann. Das wäre schön.

*Pascal Treuthardt, FDP* ergänzt, es gäbe auch die Möglichkeit, wenn Allschwil eine Änderung vornimmt und etwas Vernünftiges bringt, könnte Binningen in der zweiten Lesung proaktiv darauf reagieren. Man sollte die Allschwiler nicht unterschätzen. Das könnte sein.

*Gemeinderätin Barbara Jost, SP* fände Änderungen von Allschwil sehr überraschend. Allschwil hat das Geschäft in 10 Minuten behandelt und es wurde nichts mehr diskutiert.

*Marc Schinzel, FDP* informiert, dass es mit der Änderung der Gemeindereihenfolge eine formelle Änderung gab. Daher werden die anderen Parlamente dies sowieso auch beschliessen müssen, oder nicht?

*Spezko-Präsident Stephan Appenzeller, SP* erklärt, die Änderung der Reihenfolge betreffe die Geschäftsordnung des Einwohnerrats und nicht den Vertrag mit den anderen Gemeinden. Es ist also keine Differenz.

Die Präsidentin teilt mit, dass in einer nächsten Einwohnerratssitzung eine zweite Lesung durchgeführt wird. Damit wird das Geschäft verlassen. Gleichzeitig kommt es zu einem Platzwechsel und der neu gewählte Vize-Präsident nimmt neben der Präsidentin Platz. *Susanna Keller, SVP* bedankt sich bei Bettina Benthaus für ihre Unterstützung während der ersten drei Traktanden.

## Traktandum 4

Nr. 195

### Schulraumplanung: Planungskredit Meiriacker

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Brigitte Strondl, SP* erläutert, die BPK habe sich vor zwei Jahren – also im Frühling 2018 – mit der Erweiterung der Primarschulanlage Meiriacker beschäftigt. Sie erhielt vom Einwohnerrat den Auftrag, für den bevorstehenden Projektwettbewerb die Auftragsformulierung mit dem Raumprogramm als Grundlage zu prüfen. Die Kommission kam zum Schluss, dass der Auftragsformulierung zugestimmt werden kann, aber von den Planungsteams ein Verkehrsgutachten verlangt werden soll. 11 von 31 eingereichten Projekten hat man einer Vorprüfung unterzogen und bei diesen u.a. auch die Verkehrsführung resp. die Verkehrserschliessung durch Experten prüfen lassen. Für die SP-Fraktion ist dieses Vorgehen sinnvoller, als wenn alle 11 Planungsteams jeweils ein Verkehrsgutachten hätten erstellen müssen so wie es die BPK und eine Ratsmehrheit an der Einwohnerratssitzung vom 24. September 2018 wollten. Der Fraktion ist es nun wichtig, dass es mit dem Projekt weitergeht. Beim gewünschten Vorprojekt Plus soll das verlangte Verkehrsgutachten erstellt werden. Die SP geht auch davon aus, dass auf diesem neuen Gebäude, wie bereits bei den bestehenden, eine Solaranlage erstellt wird. Generell wünschen sie sich für die Zukunft, dass auf den Dächern aller Gebäude, die der Gemeinde gehören, Solaranlagen installiert werden. Denn die Gemeinde hat eine Vorbildfunktion. Die Fraktion stimmt dem Planungskredit von 900 000 Franken zu. Mit diesem Kredit soll eine Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent erreicht werden. Bei den Baukosten geht man von einem grob geschätzten Betrag von rund 17 Mio. Franken +/- 20 Prozent aus. Das letzte Wort hat dann das Stimmvolk.

*Beatrice Büschlen, Grüne* begrüsst namens der Grünen auch bei diesem Geschäft einen Planungszwischenschritt um die Höhe des Baukredits besser ermitteln zu können. Eine weitere Ehrenrunde über eine Kommission lehnt die Fraktion ab. Die Vorgaben wie Raumprogramm und Umgebungsgestaltung sind bekannt, auch die Verkehrserschliessung wurde bereits mitgedacht. Der Bericht beinhaltet allerdings nur die Aussage über genügend Parkplätze. Für die Grünen gehörte auch der ÖV und der Langsamverkehr dazu. Hier wünschte sich die Fraktion mehr Transparenz und detailliertere Informationen im Vorprojekt Plus. Sie möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Information zur Verkehrserschliessung nicht nur für die Verwaltung und Politik hilfreich ist, sondern sie hilft auch allfällige Bedenken von Anwohnern zu zerstreuen. Transparente Informationen tragen dazu bei, Einsprachen zu reduzieren oder sogar zu verhindern. Erfreut ist die Fraktion über den Bericht zur nachhaltigen Bauweise. Räumlichkeiten werden hier nicht einfach mit einem Lüftungssystem bestückt sondern entsprechend ihrem Nutzen. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach ist baulich möglich und sollte daher unbedingt mitgeplant werden. Mit dem Eigenverbrauch des produzierten Stroms können Betriebskosten sehr gut

gesenkt werden und auch für den Überschuss gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Die Grünen befürworten diesen Zwischenschritt und werden dem Planungskredit zustimmen.

*Peter Heiz, FDP* berichtet, die FDP-Fraktion beschreibe einen anderen Weg. Sie möchte, dass der Planungskredit in der BPK überprüft wird. Warum? Es sind bisher bereits zwei, drei kritische Worte zu diesem Kredit gefallen und trotzdem stimmen die entsprechenden Parteien dem Kredit zu. Das ist für den Redner nicht ganz nachvollziehbar. Es zeigt ausgezeichnet, dass noch viele Fragen offen sind. Hinzu kommt, dass der Planungskredit immerhin fast 1 Mio. Franken kostet. Das ist nicht wenig Geld. Es nagt am Selbstverständnis der Partei, wenn man einen solchen Betrag einfach durchwinkt. Es fehlt ihnen auch eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Sie möchten zu bedenken geben, dass es einer der letzten, wenn nicht der letzte Schritt, für die Möglichkeit einer Preisüberwachung bei diesem ganzen Projekt ist. Obwohl es an und für sich ein sehr schöner und auch vielfältiger Bericht über die Grobschätzung der Baukosten ist, haben sich für die FDP auf Seite 5 in der Tabelle Kosten und Kennwerte nach eBKP ein paar Fragen aufgetan. All dies zusammengenommen ist für die Fraktion genug, um dafür zu stimmen, dass dieser Planungskredit in die BPK überwiesen wird.

*Barbara Fankhauser, SVP* gesteht, nun habe ihr der Vorredner bereits einige Argumente vorweggenommen. Sie hat sich gefragt, ob sie die falschen Unterlagen hat. Es wird plötzlich von Verkehrskonzept etc. gesprochen. Sie ist der Ansicht, man werde über den Antrag für das Vorprojekt Plus abstimmen. Der Fraktion sind auch einige Sachen aufgefallen. Sie sind der Meinung, das Geschäft gehört in die BPK und zwar in die BPK der neuen Legislatur. Die 900 000 Franken +/- 10 Prozent: Komischerweise sind bereits 10 Prozent in den 900 000 Franken als Reserve eingerechnet, also fast 80 000 Franken. Heisst das nun 900 000 Franken plus 10 Prozent? Dann ist man bei der Million, die bereits erwähnt wurde. Es ist der Votantin zudem aufgefallen, dass man den Architekten als Generalplaner einsetzen möchte. Vielleicht ist es ungeschickt formuliert. Gleichzeitig soll er auch noch das Qualitätsmanagement machen. Die SVP spricht sich absolut gegen eine Bündelung von Kompetenzen auf eine einzelne Person aus. Die Rednerin möchte noch etwas Anderes thematisieren: Dieser wunderschöne Bericht enthält wunderschöne Pläne. Die sind allerdings nicht lesbar. Es wäre der Fraktion wirklich ein Anliegen, dass wenn solche Pläne beigelegt werden, diese bitte auf mehrere Seiten aufgeteilt oder auf der Homepage abgelegt werden. Denn wenn man solche Pläne in derartiger Form erhält, sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt wurden. Die SVP-Fraktion wird ebenfalls für eine Überweisung in die BPK stimmen.

*Andrea Alt, CVP* dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die interessante und spannende Vorlage. Die Erweiterung der Primarschulanlage Meiriacker ist dringend notwendig und sollte baldmöglichst in Angriff genommen werden. Über die Notwendigkeit muss man an dieser Stelle nicht mehr diskutieren. Im Gegenteil. Man sollte nun zügig zur Planung schreiten. Es liegt ein sehr überzeugendes Projekt vor, das von der Jury einstimmig zum Sieger erkoren wurde. Wie sich bereits bei anderen Bauvorhaben gezeigt hat, bewährt sich ein Vorprojekt Plus mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent. Die CVP begrüsst das Vorgehen und wird dem Antrag des Gemeinderats daher zustimmen. Von verschiedenen Seiten wird eine Überweisung in die BPK beantragt. Im Sinne einer grösseren Akzeptanz mittels einer Prüfung zum jetzigen Zeitpunkt kann die Fraktion dies nachvollziehen. Allerdings möchte sie anregen, wenn überhaupt eine Überweisung ev. auch eine Überweisung in die Spezko Schulraumplanung anzuschauen. Wie es bereits im Titel erwähnt wurde, geht es um Schulraumplanung. Die CVP ist der Meinung, dass es zum jetzigen Zeitpunkt um eine breite Akzeptanz und Legitimation für ein derartiges Projekt mit einer solchen Grössenordnung in der Bevölkerung geht. Hier ist ihrer Meinung nach die Spezko Schulraumplanung der richtige Ansprechpartner.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* scheint klar, dass die Kosten bei einem solchen Projekt ein wichtiger Faktor sind. Es geht im nächsten Schritt im Vorprojekt Plus darum, die Baukosten genauer anzuschauen und zu definieren. Dort liegt das grosse Potenzial, dass man ein solches Bauprojekt effizienter gestalten kann. Im Vorprojekt geht es darum, den Vorschlag, den das Planungsteam erarbeitet hat, zu überprüfen, mit den Nutzern abzugleichen und so zu gestalten, dass es für die Gemeinde Binningen vertretbar

ist ein solches Projekt zu realisieren. Die Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent hat man festgelegt, weil momentan keine konkreten Offerten vorliegen. Es gibt Richtgrößen und man muss einen Spielraum haben, um die Honorare vereinbaren zu können. Bezüglich des Verkehrsgutachtens: Es wurde im Jurybericht abgebildet, dass ein Verkehrsplaner zugezogen wurde. Dieser hat ein Verkehrsgutachten erstellt und bei allen Projekten angeschaut, was den Verkehr betrifft. Es wurde auch ausgewiesen, dass im Vorprojekt Plus der nächste Schritt gemacht wird, den Verkehr genauer anzuschauen. Nicht nur den MIV sondern auch den ÖV und Langsamverkehr. Es ist klar, dass dies zu diesem Projekt gehört. Der zuständige Gemeinderat bittet die Anwesenden daher dem Planungskredit zuzustimmen, sodass ein Projekt erarbeitet werden kann, das wirklich überprüft ist und dann auch vor dem Volk standhält.

*Daniel Zimmermann, FDP* möchte nochmals präzisieren, um was es der FDP geht. Es war ihnen von Anfang an bewusst, dass das Projekt und der Schulraum benötigt werden. Die BPK hat sich im Vorfeld sehr intensiv mit dem Raumprogramm und dem Pflichtenheft befasst. Es scheint ihm, dass dies eine wertvolle Grundlage für den Projektwettbewerb war. Bzgl. des Wettbewerbs selbst kann man dafür oder dagegen sein. Der Jurybericht hat aber einen klaren Sieger bestimmt. Der FDP geht es eigentlich lediglich darum, dass im Geschäft von einer Grobkostenschätzung von +/-20 Prozent gesprochen wird. Das Preisschild ist mit 17 Mio. Franken erwähnt, es könnten aber auch 20 Mio. Franken sein. Bei dieser Preisspanne fragt sich der Redner, was denn der Architekt ohne Auftrag plant. Plant er auf 20 Mio. Franken? Plant er auf 17 Mio. Franken? Oder – man kann es auch auf die andere Seite rechnen – plant er auf 14 Mio. Franken? Es geht darum, dies noch etwas zu schärfen nicht, dass am Schluss eine Vorlage von 20 Mio. Franken auf dem Tisch liegt. Darum geht es der FDP. Das ist eine kurze Sache. Ob es in der nächsten Legislatur in der BPK gemacht werden muss oder ob es noch in dieser Legislatur reicht, sei einmal dahingestellt. Es geht darum, das Preisschild im Auftragsverhältnis des Architekten zu schärfen. Denn jetzt sind die Honorare oder Planungskosten, die beschlossen werden, einfach auf der Basis der Grobkostenschätzung. Diese ist extrem weit auseinander. Man redet von einer Bandbreite von fast 6 Mio. Franken. Über solche Vorlagen von 5-6 Mio. Franken wurden bereits Einzelgeschäfte vorgelegt. Er bittet darum, nicht so grosszügig mit diesem Preisschild umzugehen, sondern den Auftrag klar zu formulieren.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* nimmt gerne Stellung zu den Grobkosten. Der Einwohnerrat hat dies explizit bestellt, die Grobkosten +/- 20 Prozent. Es ist absolut üblich, dass in einer Phase eines Wettbewerbs mit dieser Größenordnung kalkuliert wird. Im nächsten Schritt «Vorprojekt Plus» resp. Bauprojekt geht es um eine Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent. Der Spielraum, der bei diesem Projekt vorhanden ist, ist nicht wahnsinnig gross. Es gibt eine Turnhalle, die unterirdisch ist. Hier gibt es sehr viele Schnittstellen zur Geologie. Da kann man nicht wünschen, man hätte es gerne halb so teuer oder doppelt so teuer. Man muss das Projekt prüfen und alle Elemente so kalkulieren, dass es realistisch ist. Daher ist der Wunsch, dort ein genaues Preisschild zu bekommen, im Moment verfrüht. Man ist in der Phase, in der +/- 20 Prozent absolut üblich ist.

*Daniel Zimmermann, FDP* möchte dem zuständigen Gemeinderat widersprechen. Man hatte die gleiche Diskussion der Preisschilder bereits in der Planung des Dorfzentrums. Dort wurde letztlich beschlossen, dass man in der weiteren Planung ein Kostenlimite einhalten muss und alle zusätzlichen Elemente, die der Architekt oder das Planungsteam noch für nötig halten oder brauchen, müssen sie separat ausweisen mit Preisschild. Es geht auch hier etwas in diese Richtung. Letztlich kann der Gemeinderat jetzt nicht garantieren, dass man für 17 Mio. Franken ein Projekt oder ein Schulhaus erhält. Es können auch 20 oder 21 Mio. Franken sein. Das muss man im Griff behalten. Der Architekt hat die Leitplanken nicht und es hat sehr wohl – da muss der Redner dem Gemeinderat widersprechen – sehr viele kostentreibende Elemente in diesem Projekt, die schnell ins Geld gehen. Schon alleine der ganze Haus- und Klimatechnikbereich. Darüber hat man bereits in x Projekten geredet. Das sind kostentreibende Elemente, die relativ teuer werden.

*Gaida Löhr, SP* äussert an Daniel Zimmermann gerichtet, dass ihr immer noch nicht ganz klar ist, wieso es dafür eine Kommissionsberatung braucht. Wenn sie ihren Vorredner richtig verstanden hat, dann

möchte er einfach ein klareres Preisschild. Sie fragt sich, ob man dies nicht einfach im Direktgang machen und sagen könnte, dass man grundsätzlich in diesem Planungskredit in der Schulraumplanung möchte, dass darauf geachtet wird, dass das Projekt nicht bei 23 Mio. Franken landet. Sie fragt sich, ob dies wirklich die Aufgabe einer Kommission ist oder ob es das Ganze nur verzögert.

*Peter Sala, FDP* hat eine Verständnisfrage zur Kostenschätzung +/- 20 Prozent. Wenn man die Kostenschätzung auf Seite 5 des Berichts anschaut, dann gibt es 3 grosse Positionen, Betriebseinrichtungen, Honorar und Ausstattung, die mit Null drinnen sind. Das ist nach seinem Verständnis bereits mehr als 20 Prozent. Wie kommt das?

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* erklärt, PKB 3 Betriebseinrichtungen: Das Schulhaus wird erweitert. Betriebseinrichtungen sprich Mobiliar usw. ist schon vorhanden. Es braucht nichts Zusätzliches. Die Position 8, GU/TU Honorare, müsste man im nächsten Schritt ausweisen, wenn man in diese Richtung geht. Sprich im Bauprojekt. Im Moment geht man noch nicht in die Richtung GU/TU. Es gibt ein Vorprojekt Plus wie es beim Schulhaus Dorf gemacht wurde. Im zweiten Schritt geht es darum das weitere Verfahren festzulegen. Daher gibt es dort momentan keine Kosten. Bzgl. des Unterschieds zum Schulhaus Dorf oder Schulcampus Dorf erläutert er, man habe beim Schulcampus Dorf eine grosse Ungenauigkeit bei den Kosten gehabt, da dort eine Lüftung vorhanden war oder nicht vorhanden war und man dort die Kosten stark aufgeblasen hat. Es war in diesem Fall korrekt, dass ein Preisschild angegeben wurde, um die weitere Planung voranzutreiben. Es sind dort auch mehrere Teilprojekte inbegriffen mit Sanierungen, Dorfplatz usw. Man ist beim Meiriacker in einem kleineren Rahmen unterwegs. Es ist enger abgesteckt und es gibt keine Positionen, bei denen man jetzt schon weiss, dass sehr viel Luft drinnen ist.

*Simone Abt, SP* möchte davor warnen, dass vom Schiff aus versucht wird, Kostentreiber zu eruieren und zu bekämpfen. Denn gerade beim Meiriacker ist es passiert, dass man im 2004 z.B. auf eine kontrollierte Lüftung verzichtet hat. Das Thema Lüftung und Klima wurde ja eben angesprochen. Man hat dies damals gegen das Raten des Architekten gemacht. Danach hiess es, man baue es im Nachhinein doch ein. Es wurde ungleich teurer. Unter Umständen sind die Kostentreiber zum Anfangszeitpunkt noch ziemlich viel tiefer, als wenn man sie im Nachhinein nachholen muss. Es ist effektiv so, dass in diesem Stadium der Planung keine genauere Schätzung der Kosten möglich ist. Wir wollen auch true and fair bleiben. Es hat keinen Sinn hier drängen zu wollen. Es ist nur bis zu einem gewissen Grad sinnvoll hier Druck zu machen. Sie glaubt, dass man sich hier an das Normale halten sollte.

*Daniel Zimmermann, FDP* erwähnt, letztlich habe die FDP das Gedankengut aufgenommen, dass man jetzt noch mit geschärften, klaren Bedingungen dem Architekten einen guten Auftrag formulieren kann. Der Redner macht eine These: Wenn man dies heute nicht macht und der Planungskredit wird beschlossen, dann plant der Architekt. Am Schluss bekommt man eine Kreditvorlage über 20 Mio. Franken. Diese kommt in den Rat und dann geht das ganze Spiel wieder los. Er glaubt nicht, dass man eine 20 Mio. Franken Vorlage ohne eine Überweisung in die BPK mit einer Volksabstimmung durchbringt und dann beginnt man zu basteln. Dann hat der Architekt seine Arbeit aber schon gemacht und es wird schwierig. Dann gibt es ein Hickhack beim Auseinanderdividieren von Sachen, die man politisch argumentiert nicht für nötig hält oder die zu teuer sind. Also lieber jetzt einen klar formulierten Auftrag definieren und dann den Architekten arbeiten lassen. Und nicht umgekehrt und danach das ganze Projekt zerreißen. Das Geschäft wird dem Rat nochmals vorgelegt.

## ABSTIMMUNG

Der Präsidentin liegen zwei Anträge vor. Einer für eine Überweisung in die BPK und einer für eine Überweisung in die Spezko Schulraumplanung. Sie lässt daher als erstes grundsätzlich über die Überweisung in eine Kommission abstimmen.

Überweisung in Kommission: 23 JA / 15 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 12)

*Andrea Alt, CVP* hat keinen Antrag auf eine Überweisung in die Spezko Schulraumplanung gestellt. Sie wollte lediglich fragen: Wenn in eine Kommission, weshalb in die BPK und nicht in die Spezko Schulraumplanung? Auf Nachfrage der Präsidentin, ob sie jetzt noch einen derartigen Antrag stellen möchte, antwortet sie, es sei vorhin nicht beantwortet worden. Sie hätte gerne eine kurze Diskussion darüber geführt, ob in die BPK oder in die Spezko Schulraumplanung, um sich anschliessend ein Bild darüber zu machen. Aber leider hat niemand darauf reagiert oder ihre Frage, weshalb nicht in die Spezko Schulraumplanung, beantwortet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt die Präsidentin zur Abstimmung über die Überweisung in die BPK.

Überweisung in BPK: 21 JA / 12 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 13)

## BESCHLUSS

---

://: Das Geschäft wird in die Bau- und Planungskommission überwiesen.

---

## Traktandum 5

Nr. 173A

### Investitionsausgabe für Strassenkorrektur am Neubadrain

*Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP* weist darauf hin, dass bei diesem Traktandum am 3.3.2020 eine Korrektur des Sekretariats eingegangen ist. Unter Punkt 2.2.3 Parkplätze auf Seite 5 gab es einen Fehler. Es handelt sich um 4 anstatt 6 Doppelfelder Parkplätze. Dies einfach als Bemerkung.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Peter Sala, FDP* bedankt sich für den Bericht zum vorliegenden Geschäft und für das Road Safety Audit vom 12.2.2020. Wie erwähnt wurde das Geschäft bereits am 4. November behandelt und damals lang und kontrovers diskutiert. Es gab im Protokoll 13 Seiten. Der Hauptdiskussionspunkt mit Stimmen aus sämtlichen Fraktionen betraf hauptsächlich die Sicherheit im Kombi Fussgänger- und Veloweg. Der Rückweisungsantrag der FDP an den Gemeinderat wurde gutgeheissen. Grundsätzlich ist die Fraktion immer noch für das Projekt nur nicht in der vorgelegten Version. Damals unbestritten waren folgende Teilinvestitionen: Sanierung der Wegleitungen und der Einsatz eines lärmdämmenden Belags. Daher geht der Votant auf diese Punkte nicht mehr ein. Was noch offen bleibt von den 3 Empfehlungen, die bei der Rückweisung gutgeheissen wurden, ist die neuzeitliche Strassensanierung ohne Verengungen und Verkehrsschikanen, ein normgerechter Velostreifen mit Markierung, ev. bergwärts mit 1,75m, und das überarbeitete Projekt – also das überarbeitete, nicht das jetzige Projekt – soll einem Road Safety Audit unterzogen werden. Die Frage ist: Wieso foutiert sich der Gemeinderat auf diese drei Empfehlungen einzugehen? Es wurde mit keinem Wort darauf eingegangen.

Das vorgelegte Road Safety Audit beruht auf dem ursprünglich zurückgewiesenen Projekt, da kein überarbeitetes Projekt vorliegt. Das Fazit dieses Road Safety Audits ist, dass ein eindeutiger Sicherheitsgewinn gegenüber dem IST-Zustand und eine generelle Erhöhung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden attestiert werden. Liest man den Audit aber im Detail kritisch, findet man einige Passagen, die das Fazit, die Sicherheit für sämtliche Verkehrsteilnehmer durchaus in Frage stellt. Die einzigen Verkehrsteilnehmer, bei denen die Sicherheit erhöht wird, sind nämlich die bergwärts fahrenden Velofah-



rer. Das Trottoir wird um ca. 50 cm erweitert und dafür müssen die Fussgänger inkl. Behinderte, Betagte, Eltern mit Kinderwagen, Kleinkinder, Trottinett und Skooter im Gegenverkehr das Trottoir nun mit den Velofahrern inkl. E-Bikes, Lastenvelos und Anhängern usw. teilen. Es wird vorgeschlagen, dass man Piktogramme macht. Es steht aber nirgends wie breit. Die Fahrbahnbreite wird dadurch um 50cm schmaler und die jetzt schon schmale Fahrbahn wird noch schmaler. Zudem werden Querungsstellen und Trottoirüberfahrten auf 5m verengt. Kreuzen ist unmöglich sowie eine Gefahr für Velos, die wie üblich schnell bergabwärts fahren. Wie letztmals diskutiert: der Sandwicheffekt. Die Frage: Wie ist das fair, dass man 1 Mio. Franken ausgibt und nur eine Minderheit gewinnt an Sicherheit und alle anderen nicht? Für alle anderen wird die Sicherheit schlechter.

Der nächste Punkt ist die Abgrenzung. Wie im Audit geschrieben ist der Perimeter des Projekts vom Allschwilerweg, Rebgasse bis zur Paradiesstrasse, Langegasse. Die Datenerhebung ist jedoch ausserhalb des Perimeters erfolgt auf der Höhe des Höhenwegs am 9. Januar um 7:30 Uhr morgens. Es war 0 Grad und hatte 90 Prozent Luftfeuchtigkeit gemäss den Meteodaten. Da waren wahrscheinlich nicht so viele Personen unterwegs. Weshalb nur an dieser Stelle und nicht innerhalb des Perimeters? Die Hauptaktivitäten innerhalb des Perimeters dürften auf der Höhe Neubadrain/Rotmannsbodenstrasse liegen, da dort die Überquerungen zu den Schulhäusern Meiriacker und Neusatz sind. Neben den Primarschulen sind hier auch die Kindergärtner dabei.

Die Präsidentin bittet den Votanten langsam zum Ende zu kommen.

*Peter Sala, FDP* hält fest, die FDP sei für eine Überweisung des Geschäfts in die BPK, da es – wie er zum Teil ausgeführt hat – einige Sicherheitsmängel gibt. Die Fraktion möchte, dass die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, speziell für die Schwächsten, Fussgänger jeden Alters, erhöht wird. Natürlich auch für Velo, Trottinett und Autofahrer. Zudem muss auch die optimale Bepflanzung sichergestellt werden. Wie im Bericht ausgeführt, müsste man im Prinzip Hecken entfernen. Die FDP bleibt dabei, dass sie eine neuzeitliche Strassensanierung möchte ohne Verengungen und Verkehrsschikanen und normgerechte Velostreifen bergwärts. Sie möchten auch, dass E-Bikes und E-Skooter nicht auf dem Trottoir fahren.

*Thomas Hafner, CVP* nimmt es gleich vorweg: Die CVP wird dem Antrag heute zustimmen. Sie stimmen zu, weil das Projekt im Grossen und Ganzen gut ist. Es gibt aber auch Sachen, die sie nicht so gut findet. Im vergangenen Herbst bei der vorherigen Geschäftsberatung war die ganze Fraktion bereits grundsätzlich für eine Sanierung am Neubadrain. Ein Teil der CVP – dazu gehörte auch der Redner – war sich aber bewusst, nur mit einer Rückweisung und einer Empfehlung an die zuständige Gemeinderätin kann man vielleicht eine weitere Überprüfung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im neuen Projekt herbeiführen. Durch die Empfehlungen anlässlich des 4. Novembers letzten Jahres hat sich die CVP erhofft, dass hier noch eine Verbesserung der Verkehrssicherheit gesucht wird. Er zählt die 5 Punkte nicht mehr auf. Die Anwesenden haben sie alle vor sich. Zum letzten Punkt: Das Projekt wurde gemäss Empfehlung in der Zwischenzeit mit einem Sicherheitscheck, dem Road Safety Audit (RSA), geprüft und dem heutigen Zustand gegenübergestellt. Das RSA hat attestiert, dass das geplante Projekt ein deutlicher Sicherheitsgewinn gegenüber der heutigen Situation ist und eine generelle Erhöhung der Sicherheit für die Verkehrsteilnehmenden darstellen soll. Dies ist gut so und in Ordnung.

Die Verbreiterung des bergwärts führenden westseitigen Trottoirs zu einem kombinierten Fuss- und Radweg ist sicher ein Plus für die schwächeren Verkehrsteilnehmer. Es ist aber wünschenswert, dass die Velofahrer auch die noch schwächeren Verkehrsteilnehmer, nämlich die Fussgänger, rücksichtsvoll behandeln. Bei den 5 Empfehlungen war der CVP der erste Punkt sehr wichtig und zwar eine neuzeitliche Strassensanierung ohne Verengungen. Schade ist, dass auf die vereinzelt Verengungen, die 4,75m die es an verschiedenen Orten gibt, nicht mehr im Detail eingegangen wird. Da hätte sich die Fraktion noch eine Verbesserung gewünscht, d.h. der Versuch, diese Engpassstellen etwas breiter auszugestalten. Das hätten sie sich vom Gemeinderat gewünscht. Dies wird mit dem RSA einfach weggeschwiegen. Da die Vorlage dem Rat aber hiermit unverändert nochmals zur Beschlussfassung vorgelegt wird, nimmt die

CVP bei der Verengung zur Kenntnis, dass dort wahrscheinlich nichts mehr gemacht wird. Somit lebt man halt mit dieser Verengung. Weil das geplante Projekt gegenüber der heutigen IST-Situation einen deutlichen Sicherheitsgewinn ausweist, stimmt die Fraktion dem Projekt zu. Einzelne Mitglieder wünschen ev. noch eine Überweisung zur Verbesserungsprüfung in die BPK. Der Votant selbst ist aber der Meinung, man könne dies heute direkt überweisen. Er möchte noch eine Empfehlung abgeben: Im unteren Bereich des Neubadrains nach der Allschwilerstrasse – dies ist heute ausserhalb der Sanierung – gibt es zwei Fussgängerstreifen, die von den Schülern sehr stark benutzt werden. Das sind die Fussgängerstreifen an der Hasenrainstrasse und am Bündtenmattweg, bei denen die Sicherheitssituation auch relativ schwierig ist. Es ist ihm klar, bei einer späteren Sanierung dieser Strasse im unteren Bereich, kann dies wahrscheinlich auch behoben werden. Aber dort ist die Verkehrssituation immer wieder schwierig.

*Urs Brunner, SVP* erläutert, an der Einwohnerratssitzung vom 4. November 2019 wurden zusammen mit der Rückweisung folgende drei Anträge gestellt: 1. Vergleichsofferten, 2. Sanierungsvarianten ohne kombinierten Fuss- und Radweg, 3. Nachweis der Nutzung der Route durch die Velos. Im Bericht an den Einwohnerrat vom 18.2.2020 geht der Gemeinderat mit keinem Wort auf die ersten beiden Anträge ein. Auf seine persönliche Frage, wieso man am Neubadrain – gemeint ist im Strassenabschnitt Dorenbachstrasse/Paradiesstrasse – nicht eine Reduktion der Geschwindigkeit von 40 auf 30km/h vornehmen kann, wurde auch nicht geantwortet. Auf Anträge und Fragen nicht einzugehen ist eine Frechheit und Respektlosigkeit gegenüber der Fraktion, die Zeit und Arbeit in die Ausarbeitung der Anträge investiert. Die SVP weist das Geschäft an den Gemeinderat zurück. Sollte dem Rückweisungsantrag nicht stattgegeben werden, stimmt die Fraktion einer Überweisung in die BPK zu. Dies umso mehr, da der RSA-Bericht von vielen Annahmen ausgeht und beim Unfallgeschehen unter 1.4 falsche Angaben gemacht werden. Seine Rückfrage bei der Polizei hat ergeben, dass sich im Zeitraum von 2016-2019 am Neubadrain im Strassenabschnitt Paradiesstrasse bis Allschwilerweg 4 registrierte Unfälle ohne Verletzte ereignet haben. Der Redner findet es peinlich, wenn die BPK die Arbeit des Gemeinderats machen muss.

*Simone Abt, SP* ist etwas irritiert, dass die FDP immer noch so tut als wäre man auf Feld 1. Das ist man nun doch nicht. Die Fraktion stellt fest, dass hier offenbar versucht wird Zeit zu gewinnen. Sie ist nicht so überzeugt, dass hier nur sicherheitsrelevante Aspekte als Motivation dienen und hat das Gefühl, man möchte es nicht machen. Das verlangte RSA wurde gemacht. Es gibt dem Projekt offenbar beste Noten und die Anwohnerschaft hat sich sogar mit einem Schreiben zu Wort gemeldet – den einen oder anderen der Anwesenden wird dieses auch vorliegen –, dass das Projekt sehr in ihrem Sinn ist und das doch jetzt nun käme. Nun soll das Projekt noch eine Runde durch die BPK machen, die natürlich alles viel besser weiss, aber wahrscheinlich nicht so viel bewirken wird können. Die SP ist nach wie vor der Meinung, dass das Geschäft gutgeheissen werden kann. Sie halten es für ein gutes Projekt. Wenn man denn wirklich ein Problem mit dem Sicherheitsgefühl hätte, dann wäre möglicherweise auf dem Gebiet des Tempos etwas zu machen. Hier könnte noch der eine oder andere Antrag kommen. Sie weiss es nicht. Dies wäre z.B. ein Hebel, den man ansetzen könnte. Aber sie denkt im Übrigen wurde das Projekt geprüft und für gut befunden. Man kann doch jetzt nicht wieder zurück auf Feld Null. Die SP wird dem Geschäft zustimmen ohne Überweisung in die BPK.

*Karin Glaser, Grüne* führt aus, wenn es nach den Grünen ginge, hätte man sich die Schlaufe über den RSA sparen können, finanziell und zeitlich. Ein Veloweg ist wichtig und noch wichtiger ist, dass er auch sicher ist. Es hat nun auch genügend Platz dafür gemäss dieser Studie. Die Rednerin hat keine Angst, dass die Fussgänger hier tangiert werden. Der Weg muss einfach gut markiert sein und nicht nur alle 100m ein Strich. Dann weiss jeder, wo was ist. Die Fussgänger hätten auch die Möglichkeit auf der anderen Strassenseite hoch oder runter zu gehen. Abgesehen davon hat es wenige Fussgänger, die dort hochgehen. Das ist tatsächlich so. Die Sicherheit dazu attestiert die vorliegende RSA-Studie. Leider ist es aber auch bei diesem Veloweg einmal mehr so, dass er genau dort aufhört, wo es eigentlich fast etwas gefährlich wird, vor dem Kreisel und weiter unten – das tut zwar bei diesem Bauvorhaben nichts zur Sache – Richtung Neubadkreisel. So weit so gut. Die Grünen sind der Ansicht, dass Autos, die bei 5m Breite nicht kreuzen können, vielleicht einmal ein Fahrtraining oder so etwas machen müssten. Mit

Lastwagen wird es eng. Das ist ganz klar. Die Fraktion der Grünen bewilligt die Strassenkorrektur und die Strassensanierung.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* hat sich heute über Mittag die Mühe gemacht, das Protokoll der denkwürdigen Sitzung vom 4. November nochmal minutiös durchzulesen. Sie stellt fest, dass es vielleicht das eine oder andere Votum verändert hätte, wenn man dies auch getan hätte. Es ging in der Tat um Sicherheit und eigentlich um nichts Anderes wie die Sicherheit. Marc Schinzel hat sogar ausdrücklich betont, dass er sich erinnern mag, dass man dies an der Fraktionssitzung diskutiert hat und dass es das zentrale Thema war. Genau wegen dieser Sicherheit hat man dem Gemeinderat u.a. das Road Safety Audit in Auftrag gegeben. Es steht zwar hier, das überarbeitete Projekt soll einem RSA unterzogen werden. Nur überarbeitet der Gemeinderat nicht ein Projekt, wenn er nicht so recht weiss in welche Richtung und was am Projekt überhaupt gut ist. Nun wurde das RSA gemacht. Das RSA kommt zum Schluss, dass das Projekt in jeder Beziehung ein Sicherheitsgewinn für alle Verkehrsteilnehmenden ist. Dann gibt es keinen Grund an diesem Projekt etwas zu ändern. Beim Wunsch der Ratsmitglieder nach einer neuzeitlichen Strassensanierung ohne Verengungen und Verkehrsschikanen kann man sich fragen, was neuzeitlich ist. Das Projekt ist neu, von dem her ist es neuzeitlich. Die Anwesenden möchten einfach keine Verengungen und Verkehrsschikanen. Aber in diesem konkreten Fall hat sich das RSA dafür ausgesprochen, dass diese kein Problem und kein Sicherheitsdefizit sind. Es kommt ganz klar zum Schluss, dass alle Verkehrsteilnehmenden normgerecht zirkulieren und kreuzen können. Selbst Lastwagen kommen an den breitesten Stellen aneinander vorbei, bei den schmalsten Stellen in der Tat nicht. Aber es gibt genügend Ausweichmöglichkeiten, um dann an der nächsten Stelle kreuzen zu können. Grundsätzlich sind die Anforderungen alle erfüllt. Das Projekt ist eine Verbesserung für die Verkehrssicherheit.

Den Vorwurf von Urs Brunner muss die Votantin in aller Deutlichkeit zurückweisen. Das Thema Vergleichsofferten hat sie schon an der letzten Sitzung in Extenso ausgeführt. Es bringt nichts, jetzt Vergleichsofferten einzuholen. Man muss eine Kostenschätzung machen für einen Kredit. Wenn die Arbeiten dann konkret ausgeschrieben werden, werden Offerten eingeholt. Dann weiss man auch, was es effektiv kostet. Gerade die aktuelle Corona-Zeit zeigt, wie sich die Preise verändern können. Sie ist überzeugt, wenn die Gemeinde vor einem Jahr Offerten eingeholt hätte, dann würden die Zahlen, wenn das Projekt ausgeführt wird, überhaupt nicht mehr stimmen. Es wurde aber wirklich ausführlich beim letzten Mal abgehandelt. Sanierungsvarianten: Es gibt wie gesagt ein Projekt. Dieses wurde dem RSA unterzogen. Das RSA kommt zum Schluss, es ist ein Sicherheitsgewinn. Dann müssen auch keine Varianten ausgearbeitet werden, wenn man eine gute, funktionierende Variante hat, die allen Verkehrsteilnehmern einen Sicherheitsgewinn gibt. Der Nachweis der Nutzung durch die Velos hat sie ehrlicherweise nicht verstanden. Man sieht aufgrund von Verkehrszählungen, dass relativ viele Velos dort durchfahren. Auf die Frage von Peter Sala, dass man am falschen Ort zähle: Die Velos, die beim Hasenrain/ Neubadrain durchfahren, tauchen nicht aus dem Nichts auf, sondern kommen von weiter oben oder von weiter unten. Daher spielt es keine so grosse Rolle, ob man die Velos 10m früher oder 10m später zählt.

Ein Punkt noch zum Votum von Thomas Hafner bzgl. der Fussgängerstreifen Hasenrainstrasse/ Bündtenmattstrasse: Dort ist man in einem separaten Teil daran diese Fussgängerstreifen zu überprüfen und zu schauen, mit welchen Massnahmen man dort eine Verbesserung der Sicherheit hinbekommt. Man hat dies bewusst nicht in dieses Projekt und dieses RSA reingenommen, damit man hier vielleicht irgendwann einmal einen Schritt vorwärtskommt. Aber der Gemeinderat ist daran, sich die gesamte Situation anzuschauen. Bzgl. der Überweisung in die BPK: Mit dem RSA wurde das Projekt nun vom dritten Verkehrsexperten überprüft. Die zuständige Gemeinderätin möchte niemandem zu nahe treten, aber sie glaubt nicht, dass die BPK dort noch einen massiven Sicherheitsgewinn erarbeiten kann. Daher legt sie den Anwesenden ans Herz, dem Projekt zuzustimmen und auch den Anwohnerinnen und Anwohnern zu helfen, dass sie endlich zu dieser Sanierung kommen, auf welche sie schon sehr lange warten.

*Daniel Zimmermann, FDP* möchte keinen Werbespot für die BPK machen. Er möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, dass schon bei der ersten Beratung des Geschäfts sehr viele Anregungen, Hinwei-

se und Bemerkungen gemacht wurden zum vorliegenden Projekt. Auch ein wenig in der Hoffnung, dass es nachher in der Weiterbearbeitung aufgenommen wird. Er hat aber auch heute wieder gehört, obwohl man dem Kredit zustimmt, dass es hier und dort noch offene Fragen gibt. Man hat hier noch etwas erwartet und dort wäre vielleicht noch etwas möglich gewesen. Dies zeigt dem Votanten, dass das Projekt in der Gesamtbeurteilung nicht so optimal daherkommt. Man kann sich natürlich letztlich fragen, was die BPK noch beitragen kann. Ihm geht es einfach darum, dass man ein Projekt erhält – und er denkt, dies ist im Interesse aller in diesem Saal –, das die Verkehrssicherheit wirklich erhöht. Wenn man aber im Kapitel 1.4 liest, dass es seit 5 Jahren keine Unfälle gab und in der Vorlage des Gemeinderats wird ständig gesagt, man wolle die Verkehrssicherheit erhöhen, dann ist das in sich eine Fragestellung, die der Redner nicht ganz versteht und bei der man etwas vertiefter anschauen muss, was damit gemeint ist. Es gibt auch beim Projektperimeter offene Fragen. Wieso geht man nicht ganz hinunter in der Betrachtung in diesem Projekt? Es gibt noch zwei, drei Knotenpunkte oder Kreuzungen, die nicht gelöst sind. Es wurde auch gesagt, es werde unten Richtung Neubad zu schnell gefahren. Dieser Abschnitt wurde komplett ausgeblendet. Dort fährt man jetzt normale Geschwindigkeiten. Es gibt Punkte im Projekt, bei denen seine Fraktion der Meinung war, die BPK könne mit etwas Diskussion mit dem Projektanten Qualität hineinbringen, die letztlich der ganzen Sache diene. Der Redner denkt, man tue den Binnigern mit diesem Projekt langfristig gesehen keinen Gefallen.

*Ralph Büchelin, SP*, möchte, sollte das Projekt in die BPK überwiesen werden, beliebt machen, Tempo 30 zu prüfen und dass dies in die Diskussion einbezogen wird. Und zwar schlussendlich eigentlich die ganze Strecke vom Neuweilerplatz bis zum Kronenplatz.

*Roman Oberli, SVP* teilt mit, wie der Fraktionssprecher der SVP bereits gesagt hat, wurde nicht auf alle Anliegen der Fraktion eingegangen. Die zuständige Gemeinderätin hat erwähnt, dass sie das Protokoll nochmals minutiös angeschaut und nichts gefunden hat. Es sei auch nur um sicherheitsrelevante Aspekte gegangen. Hier muss sich der Redner fragen, wie seriös sie das Protokoll angeschaut hat. Er kann sich an dieser Stelle selbst zitieren: «Sofern das Geschäft zurückgewiesen wird, möchte der Redner den Gemeinderat bitten, bei einem neuen Projekt auf einen Parkplatzabbau zu verzichten.» Darauf wurde auch jetzt wieder nicht eingegangen. Simone Abt hat vorhin das Schreiben der Anwohner erwähnt, dass das Projekt akzeptiert werden soll und sie schon lange darauf warten. Man muss sich ganz ehrlich für die lausige Arbeit entschuldigen, die der Gemeinderat hier macht. Da er bewusst auf Sachen nicht eingeht, muss das Projekt nochmals in die BPK, damit einfach einmal alle Aspekte bearbeitet werden. Solange das nicht gemacht wird und diese Frechheit besteht, auch wenn man mehrfach sagt, man schaue das Protokoll an, solange kann man dem Projekt einfach nicht zustimmen.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* kann das nicht so stehen lassen. Es ist nicht der Rede wert, den Parkplatzabbau nochmals zu erwähnen, denn die Strasse wurde nicht breiter seit dem letzten Mal. Man hat nicht mehr Fläche dazu bekommen. Die Sicherheit wurde überprüft und für die Sicherheit bringt das Projekt einen Gewinn. An der vorhandenen Fläche ändert es aber nichts, daher muss die Rednerin heute nicht nochmals auf den Parkplatzabbau eingehen. Dass es ein Anliegen ist, dass man nichts abbaut, das ist bekannt. Das hat sie zur Genüge zu Kenntnis genommen. Aber nochmals: Sie kann die Strasse nicht breiter machen als sie ist und sie kann keine Parkplätze schaffen, wo es keinen Platz gibt. Aber, und auch das steht deutlich im Protokoll, die Auslastung dieser Parkplätze ist kleiner als 30 Prozent. In den angrenzenden Strassen Rotmannsbodenstrasse, Wiesengrund etc. hat es freie Parkplätze, ob markiert oder in der Zone. Wer dort einen Parkplatz braucht, findet jederzeit einen. Daher ist die Votantin auf das Thema Parkplätze heute schlicht nicht mehr eingegangen. Weil es kein Thema ist. Etwas, das sie vergessen hat, ist die Geschichte mit dem Tempo 30. Es ist nicht so, dass das letzte Mal ein Antrag kam, dies zu prüfen. Sondern Urs Brunner hat gesagt, dann könnte man dies ja gleich machen. Könnte man. Ja. Aber es war kein Antrag. Wenn jetzt die Idee kommt, dass man das Projekt mit Tempo 30 verknüpft und dann auch noch vom Kronenplatz bis zum Neuweilerplatz, dann muss die zuständige Gemeinderätin den Anwesenden sagen, dann kann man das Projekt entsorgen und ganz von vorne beginnen. Denn dazu braucht es Verkehrsgutachten des Kantons. Es wird die Zustimmung des Kantons benötigt, um auf

Tempo 30 runter zu gehen. Man kam schon mit Mühe auf Tempo 40. Es ist nicht unmöglich Tempo 30 zu machen, aber es ist sicher nicht einfach und wenn man dies möchte, dann ist die geleistete Arbeit wirklich für die Fühse gewesen. Wenn die Anwesenden dies möchten, dann können sie auch einen Beitrag zur Ineffizienz leisten.

#### ABSTIMMUNG

Rückweisung: 16 JA / 22 NEIN (Abstimmung 14)

://: Die Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat wird abgelehnt.

---

Überweisung in BPK: 19 JA / 20 NEIN (Abstimmung 15)

://: Die Überweisung des Geschäfts in die BPK wird abgelehnt.

---

Antrag des Gemeinderats: 23 JA / 13 NEIN/ 1 Enthaltung (Abstimmung 16)

#### BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat bewilligt für die Strassenkorrektur am Neubadrain zu Lasten Konto 1.6150.5010.08/80200 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von 1,085 Mio. Franken (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent).

---

#### Traktanden 6-10

---

#### BESCHLUSS

---

://: Verschoben.

---

#### Beantwortung der Anfragen

---

##### Anfrage A. Alt, CVP: Negativpresse APH Schlossacker

Nr. 202

1. *Hatte der Gemeinderat vor der Negativpresse Kenntnis von den Sachverhalten?  
Wenn ja, wer hat den Gemeinderat informiert?*

Gemeinderätin Barbara Jost, SP antwortet, der Gemeinderat sei informiert gewesen. Als zuständige Gemeinderätin trifft sie sich einmal im Monat mit dem Präsidenten des Stiftungsrats Herrn Emmerth. Sie wurde rechtzeitig über die Sachlage informiert und der Gesamtgemeinderat wurde in Kenntnis gesetzt.

2. *Hat oder hatte der Gemeinderat Kontakt zum Stiftungsrat oder zur Heimleitung?  
Wenn nein, beabsichtigt der Gemeinderat diesbezüglich noch Kontakt aufzunehmen?*

Der Gemeinderat hatte bereits Kontakt und zwar sowohl zum Stiftungsrat im Rahmen seiner regelmässigen Treffen wie auch zur Heimleitung im Rahmen der Arbeitsgruppe Alter, die sich regelmässig trifft.

Ebenfalls haben sich der Stiftungsratspräsident, die für die Kommunikation zuständige Stiftungsrätin und die Heimleitung zusammen mit dem Gemeindepräsidenten und ihr als zuständige Gemeinderätin zur vertieften Information und zum Austausch getroffen.

3. *Über welche Stellen nimmt der Gemeinderat seine Aufsichtspflicht wahr? Sind diese Stellen bereits involviert?*

Der Gemeinderat selbst hat keine Aufsichtspflicht. Aufsicht über die medizinische Versorgung hat die Kantonsärztin. Sie ist informiert. Der Stiftungsrat ist im regen Austausch mit dem kantonsärztlichen Dienst. Über die Belange der Stiftung hat die Stiftungsaufsicht beider Basel BSABB die Aufsicht. Es scheint ihr, es gebe immer wieder Klärungsbedarf, was denn der Gemeinderat macht. Der Gemeinderat genehmigt Budget und Taxen, er nimmt die Rechnung zur Kenntnis und ist Wahlbehörde für den Stiftungsrat.

4. *Wie ist die Besetzung der Geschäftsführung künftig vorgesehen? Wie und inwiefern ist der Gemeinderat in diesen Prozess involviert?*

Dies liegt vollumfänglich in der Kompetenz des Stiftungsrats des APH. Der Gemeinderat ist nicht in diesem Prozess involviert, wird aber regelmässig informiert.

#### **Anfrage Th. Hafner, CVP: Corona, Mietzinserslass für zwangsgeschlossene Geschäfte**

**Nr. 203**

*Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP* beantwortet die Fragen, weil ein grosser Teil der Liegenschaften im Finanzvermögen ist.

1. *Mussten Geschäfte oder Lokale seit dem 16. März 2020 zwangsweise geschlossen werden, welche von der Gemeinde Binningen vermietet oder verpachtet werden? (Bsp. Restaurant Binninger Schloss, Café Spiegelfeld, Event. Laden)*

Das Restaurant Schloss, das Café Spiegelfeld und die Gesundheits- und Massagepraxis Spiegelfeld mussten aufgrund der Bundesrätlichen Verordnung geschlossen werden.

2. *Wenn ja, wieviel?*

Drei.

3. *Wenn ja, wurden betreffend dem Vermieter und dem Mieter Gespräche geführt über einen Mietzinserslass?*

Ja. Es besteht ein regelmässiger Austausch zwischen Pächterin und Verpächter. Dadurch war die Gemeinde bereits frühzeitig im Bilde.

4. *Ist die Gemeinde aktiv auf die Mieter zugegangen?*

Ja, insbesondere im Sinne einer Gleichbehandlung aller Pächterinnen und Pächter in Binningen ist die Gemeinde aktiv auf zwei von drei Pächtern zugegangen, nachdem dem Gemeinderat ein erstes Gesuch vorlag.

5. *Oder haben sich Mieter bei der Gemeinde für einen Mietzinserslass gemeldet?*

Dazu wird auf die vorherige Antwort verwiesen.

6. *Kommt die Gemeinde den Mietern grundsätzlich für einen Mietzinserslass entgegen, und in welcher Form und Höhe?*

Ja. Die Praxis, welche von Verbänden vorgeschlagen wurde und auch bei Bund und Kanton bereits Anwendung fand, wurde auch in Binningen umgesetzt. Binningen hat das Vorgehen soweit übernommen, dass der Bruttomietzins für die betroffene Zeitspanne in der Grössenordnung von 50 Prozent hinuntergesetzt wurde.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erklärt, Daniel Zimmermann habe eine Anfrage gestellt, bei der der grösste Teil rechtlich hinterlegt werden muss. Der Rechtsdienst hat ihm ein umfangreiches Dokument vorgestellt, welches er gerne in Schriftform verliert.

1. *Gibt es für die jeweilig gesuchten Mitglieder vom Gemeinderat ein Anforderungsprofil zur Sicherstellung der Fachkompetenzen?*

*Falls nein, gedenkt der GR ein solches zu erstellen. Wenn nicht, wieso?*

Es wird unterschieden zwischen Mitgliedern des Gemeinderats, Mitarbeitenden der Verwaltung und externen Fachpersonen. Die genaue Zusammensetzung hat sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund sich verschiebender Themenpriorität leicht verändert. Sie wird vom Gemeinderat festgelegt. Der Gemeinderat: Das oder die Mitglieder des Gemeinderats werden per Ressortzuteilung innerhalb einer Legislaturperiode vom Gesamtgemeinderat in die entsprechende Fachgruppe delegiert. Bei der Verwaltung: Die fachlichen Kompetenzen verwaltungsintern sind dadurch sichergestellt, dass diese im Rahmen der Pflichtenhefte bei der Personalrekrutierung der Mitarbeitenden vorgegeben werden. Die Kompetenzen der Ressortleitenden und Abteilungsleitenden werden bei den Ausschreibungen im Stellenbeschrieb bzw. in den Pflichtenheften über die verlangte Ausbildung, Erfahrung und sonstige Anforderungen eingefordert. Externe Fachpersonen: Ausgewiesene externe Fachpersonen werden vom Gemeinderat ausgesucht und gewählt. In der Fachgruppe Verkehr sind dies ein ausgewiesener, erfahrener Verkehrsplaner und in der Fachgruppe für Bau und Planung sind dies drei ausgewiesene und erfahrene Architekten, welche primär hinsichtlich architektonischer Qualität und Städtebau beratend mitwirken. Sie haben keine Entscheidungskompetenzen. Weitergehende Anforderungsprofile erübrigen sich deshalb.

2. *Wird die Neubesetzung dieser Fachgruppen öffentlich ausgeschrieben, dass sich Fachleute bei Interesse, wie normal üblich, melden können?*

*Falls nein, gedenkt der GR dies zu tun. Wenn nicht, wieso?*

Die Besetzung der Fachgruppen mit Externen bzw. die entsprechenden Ersatzwahlen werden nie öffentlich ausgeschrieben. Vielmehr werden geeignete Personen, von den übrigen Fachgruppenmitgliedern vorgeschlagen und dann angefragt. Nach detaillierter Eignungsprüfung, Vorstellung und Interessensbekundung erfolgt eine Wahl durch den Gemeinderat auf Antrag der Fachgruppe.

3. *Wie und wo ist der Wahlprozess geregelt?*

*Falls nirgends bestimmt, müsste die Konstituierung dieser wichtigen und bedeutungsvollen Fachgruppen nicht in einer Verordnung geregelt sein?*

Bei den beratenden Kommissionen handelt es sich um kollegial zusammengesetzte Hilfsorgane im Sinne von Gemeindegesetz Kanton Basel-Landschaft § 104 f. Das Gemeindegesetz definiert in § 6 Abs. 3 die Hilfsorgane als «diejenigen kollegial zusammengesetzten Organe, die weder Behörden noch Kontrollorgane sind, sowie die Gemeindeamtsstellen mit ihren Gemeindeangestellten». In § 7 Abs. 1 des Gemeindegesetzes stipuliert, dass die Bestimmungen über die Gemeindebehörden und über die Behördenmitglieder für alle kollegial zusammengesetzten Organe der Gemeinde und deren Mitglieder gelten, soweit nicht durch das Gesetz ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. § 108 Abs. 1 hält jedoch fest, dass ständige Ausschüsse oder Kommissionen – wie die fraglichen – durch Gemeindeglemente eingesetzt sind. Die Gemeinde ist dieser Pflicht mit dem Reglement für die gemeinderätlichen Kommissionen der Gemeinde Binningen nachgekommen, welches insbesondere unter § 1 Abs. 3 die Aufgaben, die Wahl, die Zusammensetzung und die Vergütung aller gemeinderätlichen Kommissionen regelt. Der Wahlprozess ist unter § 3 Abs. 2 des Reglements für die gemeinderätlichen Kommissionen der Gemeinde Binningen erfasst und hält fest, dass die Mitglieder der Kommissionen vom Gemeinderat gewählt werden.

4. *Beide bestehenden Fachgruppen haben 5 Mitglieder. Dazu folgende Fragen:*

*a.) Gibt es eine Vorgabe über die Grösse?*

Die Grösse der Kommissionen wird durch § 3 Abs. 1 im Reglement für die gemeinderätlichen Kommissionen der Gemeinde Binningen vorgeschrieben. Demnach haben die Kommissionen aus 3 bis 7 Mitgliedern zu bestehen.

*b.) In der Fachgruppe Bau- und Planungsfragen ist die Zusammensetzung:*

*Vorsitz: GR / 3 externe Fachleute/ 1 Mitarbeiter Verwaltung (Protokoll)*

*Frage: Sind mit 3 Fachleuten alle Bau- und Planungskompetenzen abgedeckt?*

Es sind 4 Fachpersonen, 3 externe Experten sowie eine Fachperson aus der Verwaltung, Ressortleitung Ortsplanung. Somit werden alle Bau- und Planungskompetenzen abgedeckt.

*c.) In der Fachgruppe Verkehr ist die Zusammensetzung:*

*Vorsitz: GR / 1 externe Fachleute/ 3 Mitarbeiter Verwaltung*

*Fragen:*

*Wieso nur 1 externe Fachperson?*

*Wieso 3 Mitglieder aus der Verwaltung, die Fachgruppe sollte doch aus neutraler Sicht mit externen Fachkompetenzen den Gemeinderat beraten?*

In der Fachgruppe Verkehr hat es sich fachspezifisch und langjährig bewährt, nicht nur das Fachwissen sondern auch die unterschiedlichsten Orts- und Ressortkenntnisse möglichst umfassend einzubringen. Deshalb nimmt in dieser Fachgruppe auch die Gemeindepolizei Einsitz, welche für den Verkehr wesentliche Dienstleistungen erbringt. Schlussendlich geht es darum, möglichst alle Fachaspekte einbringen zu können, damit die richtigen Entscheide gefasst werden können. In früherer Zeit war gar noch eine Person der Kantonspolizei dabei. Dies ist aber nicht mehr notwendig, da der Austausch zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei heute anderweitig sichergestellt wird. Wichtige politische Entscheide werden immer durch den Gemeinderat gefasst und nicht durch die Fachgruppe. Die Fachgruppe dient dort als vorberatendes Gremium.

*5. Im Zusammenhang mit verschiedenen Bauvorlagen von Schulraumprojekten und bei der Frage ob die Gemeinde Binningen einen Bauverwalter braucht, ist immer wieder erwähnt worden, dass der Gemeinderat für diese Projektführungen eine sogenannte «Baukommission» bestimmt hat.*

*a.) Wird diese «Baukommission» als offizielle gemeinderätliche Fachgruppe gesehen?*

Die gemeinderätliche Baukommission ist als eine Kommission im Sinne von § 105 des Gemeindegesetzes zu qualifizieren. Besondere Baukommissionen gemäss § 105 Gemeindegesetzes können ausschliesslich beratend tätig sein. Sie können ständig oder nicht-ständig eingesetzt werden. In der Gemeinde Binningen ist die gemeinderätliche Baukommission eine ständige Kommission. Es handelt sich somit um eine offizielle gemeinderätliche Fachgruppe.

*b.) Falls ja, wieso ist sie nirgends mit den Mitgliedern ersichtlich?*

Die gemeinderätliche Baukommission ist bisher auf der Homepage der Gemeinde nicht abgebildet. Sie wird unter Gemeinderat, ständige Fachgruppen aber nachgetragen.

*c.) Falls nein, was für einen rechtlichen Status hat diese Kommission in der GO?*

Es handelt sich um eine offizielle gemeinderätliche Fachgruppe.

## **Traktandum 11**

---

### **Diversa**

*Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP teilt mit, dass sie den Einwohnerratsausflug nicht absagen sondern verschieben möchte. Es ist das Ende einer Legislatur. Sie findet, jeder der Anwesenden hat es verdient, noch an einen Einwohnerratsausflug gehen zu dürfen. Das Büro hat sich dafür ausgesprochen,*



den Ausflug auf August/September zu verschieben resp. auf den Zeitpunkt, wenn der Bundesrat sein Ok gibt. Dann wird sie das Ganze sofort an die Hand nehmen.

Bezüglich der nächsten Einwohnerratssitzungen: Die Sitzung am 8. Juni wird nicht stattfinden. Die nächste Sitzung ist am 15. Juni und die konstituierende Sitzung findet am 22. Juni statt. Für die Durchführung dieser Sitzungen wurde beim Regierungsrat ein Antrag gestellt. Die Antwort steht noch aus. Sie wird aufgrund der Auffahrtswoche am 2. Juni im Regierungsrat behandelt. Für den Aktenversand wird dies noch reichen.

*Brigitte Strondl, SP* hat eine kurze Frage. Es wurde ein Geschäft in die Bau- und Planungskommission überwiesen. Wird dies noch mit der bestehenden Zusammensetzung gemacht oder erst nach den Ferien? Wer bestimmt das?

Die Präsidentin erklärt, ihrer Meinung nach ist dies Sache des Präsidiums der Bau- und Planungskommission. Das wäre Daniel Zimmermann. Sie geht davon aus, dass er dies an die Hand nehmen wird. Damit bedankt sie sich ganz herzlich bei allen Anwesenden für die Mitarbeit in dieser langen Sitzung und wünscht allen einen schönen Abend. Sie bittet darum, beim Verlassen des Saals die Abstandsregel einzuhalten. Die Sitzung wird um 22:45 Uhr geschlossen.

ER-Sitzung vom 25. Mai 2020

			Traktandenliste		Gesch. Nr. 141								
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11
Nr.	Name	Fraktion	Unterstützung der Präsidentin für Trakt. 1 & 2 durch B. Benthäus	Erweiterung Traktandenliste	Unterstützung der Präsidentin für Trakt. 3 durch B. Benthäus	Antrag Grüne: §1 Namensänderung "Versorgungsregion gemäss APG"	Antrag SVP: §3.2 Streichung "ex officio"	Antrag SVP: Betriebs- und Versorgungskonzept als Vertragsbestandteil	Genehmigung des Vertrags über die Versorgungsregion (Version Spezko)	Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats	Unterstützung der Empfehlungen der SpezKo	Berichterstattung nach 2 Jahren	SP-Antrag: GR soll freie Wahlmöglichkeit im Wunsch-APH prüfen
1	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
2	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
3	Hauri	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
5	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
6	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Benthäus	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Büchel	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Lagger	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja
12	Macina	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Not voted	Ja	Enthaltung
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
21	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
22	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
23	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
24	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
25	Karoussos	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
26	Maier	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
27	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
28	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
29	Schinz	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
30	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Not voted	Ja	Nein
33	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Not voted	Ja	Nein
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
40	Weber	SVP	Not voted	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
<b>TOTAL</b>													
Ja			37	37	38	9	7	8	31	30	35	38	14
Nein			0	0	0	26	30	27	7	8	0	0	21
Enthaltungen			0	1	0	3	1	3	1	1	0	0	3
			<b>37</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>39</b>	<b>39</b>	<b>35</b>	<b>38</b>	<b>38</b>

ER-Sitzung vom 25. Mai 2020

Nr.	Name	Fraktion	Gesch. Nr. 195		Gesch. Nr. 173A		
			12	13	14	15	16
			Überweisung in eine Kommission	Überweisung in die BPK	Rückweisung	Überweisung in BPK	Bewilligung Investitionsausgabe für Strassenkorrektur am Neubadrain
1	Büschen	Grüne	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja
2	Glaser	Grüne	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja
3	Hauri	Grüne	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
4	Schwarb	Grüne	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja
5	Sutter Rehmann	Grüne	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
6	Abt	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
7	Appenzeller	SP	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja
8	Benthäus	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
9	Büchel	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
10	Lagger	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
11	Löhr	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
12	Macina	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
13	Müller	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
14	Schellenberg	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Not voted
15	Strondl	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
16	Tribolet	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Not voted	Nein	Nein	Ja
18	Amacker	CVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
21	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Häfele	FDP	Enthaltung	Not voted	Nein	Nein	Ja
23	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
25	Karoussos	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
26	Maier	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted
27	Meyer	FDP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja
28	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
29	Schinz	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
30	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
33	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein

TOTAL

Ja	23	21	16	19	23
Nein	15	12	22	20	13
Enthaltungen	1	4	0	0	1
	<b>39</b>	<b>37</b>	<b>38</b>	<b>39</b>	<b>37</b>